

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 61

Sept. / Okt. 2012



*Hit the road, Jack  
and don't you come back no more!*

---

Bürgerhaushalt – Chance oder Farce?

Green New Deal oder Ecommony?

# INHALT

Bürgerhaushalt in Celle – zweiter Anlauf	
Farce oder Beteiligungs-Chance?	3
Haushalt 2013	
Schulden steigen, Stadtrat planlos	5
Meldungen	6
Laternengespräche	
Konzern oder Heimat?	8
Was geht ab in Eschede	
„Antifa-Sommer“ in Eschede	10
Bündnis Umfairteilen - Aktionstag am 29. September	
Reichtum besteuern	13
Peter Schyga	
Wie viel Erde braucht der Mensch?	14
Friederike Habermann	
Gutes Leben mit Ecommony	19
Bedingungsloses Grundeinkommen	
Interview mit Arndt Neumann	23
Wie wollen wir leben?	
Veranstaltungsreihe	24
Über das Elend der Kritik am Neofaschismus	
„Stolze Deutsche“	23
Kinotermine	26
Termine in Kultur & Politik	27



## HALLO

*Hit the road, Jack and don't you come back no more, no more, no more, no more*

Ray Charles

Wir konnten es uns nicht nehmen lassen, unsere „britischen Freunde“ mit diesen Zeilen aus der wunderbaren Nummer von Ray Charles und dem aussagekräftigen Foto ihres Chefs von der Parade zu verabschieden. Die Idee allerdings ist geklaut von einem Ratsmitglied, das dies als Abschiedsgruß twitterte. - Wir müssen wahrscheinlich nicht betonen, dass wir britische Popmusik genauso lieben wie britische Krimis, Monty Python, John Steed & Emma Peel, Nick Hornby und Eric Hobsbawn. Aber für die in Celle stationierten Truppen, die in Irland, dem Irak und Afghanistan ihr Unwesen trieben, ging und geht uns jegliche Sympathie ab.

Soviel dazu.

Wir überraschen euch in diesem Heft mit zwei längeren Aufsätzen von Peter Schyga und Friederike Habermann zu Themen, die uns und hoffentlich auch euch bewegen. Ihr könnt die beiden und auch Arndt Neumann, mit dem wir ein längeres Interview zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« führen konnten, im übrigen als Referenten des Rosa-Luxemburg-Clubs in der zweiten Septemberwoche erleben und mit ihnen diskutieren. Darauf freuen wir uns.

Was gibt's noch? Lokalpolitisch fiel die Stadt in das bekannte Sommerloch, gefüllt mit Schützen-, Wein- und anderen Festen, die uns nicht sonderlich bewegen. Deshalb haben wir wenig Aktuelles im Heft, aber für die, die keine Tageszeitung lesen, ein paar Meldungen über dies und das in diesem merkwürdigen Sommer.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle  
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, [Linken]-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

## Farce oder Beteiligungs-Chance?

In diesem Herbst soll es in Celle wieder einen sogenannten Bürgerhaushalt geben. Vor zwei Jahren führte die Stadt das erste Mal eine »Konsultation« der Bürger\_innen zu den Haushaltsplanungen durch. Die Beteiligung war enttäuschend. Gerade mal 21 Bürger\_innen reichten insgesamt 73 Anregungen ein. Die Realisierung eines Vorschlags allerdings hätte Verwaltung und Rat in den letzten Wochen einiges an Zeit und Nerven gespart. Zur Kostensenkung war vorgeschlagen worden, Stadtbaurat Matthias Hardinghaus zu entlassen. Das mit dem Bürgerhaushalt vorgegebene Sparziel hätte sich – angesichts der kostenträchtigen, Hardinghaus öffentlich zugerechneten Fehler – in einer Dimension verwirklicht, die die Bürgerbeteiligung zu einem großartigen Erfolg gemacht hätte.

Dieser Vorschlag verweist gleichzeitig auf das glorreichste Experiment der europäischen Emanzipationsgeschichte: die Pariser Commune: die jederzeitige Abwählbarkeit der Beamten. Und auch die Idee der Bürgerhaushalts bewegt sich in einer durch die Commune hervorgebrachten Ideengeschichte. In der »Proklamation der Commune vom 19. April 1871« ist der Kommune als untrennbares Recht zugestanden: die Entscheidung über das Kommunalbudget, über Einnahmen und Ausgaben sowie die Festsetzung und Verteilung der Steuern. Es gehe um „die freiwillige Vereinigung aller lokaler Initiativen, das spontane und freie Zusammenwirken aller persönlichen Energien zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles: das Wohlergehen, die Freiheit und Sicherheit der Gesamtheit“. Das liegt nun 141 Jahre hinter uns, die Idee kommunaler Selbstverwaltung aber ist seitdem über ihre (formal-) demokratische Verfasstheit nicht hinausgekommen.

Der »Bürgerhaushalt« allerdings knüpft in seinen ausgeprägten Formen daran an. Seinen Ursprung hat diese Idee im brasilianischen Porto Alegre. Nachdem dort eine linke Koalition das Rathaus übernommen hatte, wurde 1989 eine langfristig angelegte Beteiligung der Bevölkerung am Haushaltsverfahren eingeführt, der »Beteiligungshaushalt« (Orçamento participativo = OP). Porto Alegre ging es seinerzeit ähnlich wie vielen deutschen Städten heute: Es war praktisch bankrott.

Das Beteiligungsverfahren basiert zunächst auf Versammlungen in den Stadtteilen sowie Themenversammlungen. An die Diskussionen schließt sich eine Wahl von Delegierten in den Rat des OP an, der für die Konkretisierung der Vorschläge und die weitere Verfahrenskontrolle zuständig ist. Eine grundlegende Idee des Orçamento participativo besteht darüberhinaus in der Einbeziehung des Gedankens sozialer Gerechtigkeit. Stadtteile mit vergleichsweise schlechter Infrastruktur erhalten mehr Mittel als die »besseren« Quartiere. Am

Ende des jährlichen Beteiligungsverfahrens stellt der Rat des OP seine Ergebnisse in den Delegiertenforen vor und die zuständigen Koordinator\_innen der Kommunalverwaltung legen dar, welche Arbeiten und Dienstleistungen aufgrund technischer oder gesetzlicher Gründe nicht umgesetzt werden können – schließlich stimmt der Stadtrat über den Haushaltsplan ab.

Porto Alegre hat rund 1,4 Millionen Einwohner. Da nehmen sich die 976 Bürger\_innen, die sich am ersten Verfahren beteiligten dürftiger aus als die 21 »Aufrechten« vom Celler Bürgerhaushalt 2010. Doch schon im Jahr 2003 waren es in Porto Alegre 23.520, was immerhin einer Beteiligung von 1,7 % entspricht. In Celle mit seinen 70.000 Einwohner\_innen müssten sich rund 1.200 Menschen einbringen, um diese Quote zu erreichen.



Leider beschäftigen sich die meisten deutschen Studien zu Porto Alegre vorrangig mit demokratietheoretischen Fragen, nur gelegentlich finden sich Hinweise auf die materiellen Effekte. Aber z.B. wurde durch Umkehrung der Prioritäten in marginalisierten Vierteln eine medizinische Grundversorgung eingerichtet und die Anschlüsse ans Abwassernetz stark ausgeweitet (von 46 % im Jahr 1989 auf 84 % im Jahr 1999). Das hätte ein linkes Stadtparlament wahrscheinlich auch ohne Bürgerbeteiligung hinbekommen können, aber es zeigen sich eben auch andere Folgen: Bei der Ansiedlung eines riesigen Supermarkts etwa drängte die Bevölkerung auf den Bau eines Kindergartens für die Angestellten, verlangte die Einstellung älterer Beschäftigter ebenso wie die von dunkelhäutigen Brasilianer\_innen. Es wurde die Bereitstellung von Verkaufsfläche für lokale Produkte eingefordert wie auch, dass »Abfälle« zu selbstverwalteten Kooperativen gebracht werden müssten.

Und was deutsche Politiker\_innen überraschen dürfte: Der Haushalt ist gestiegen, aber die Stadt hat keine Schulden mehr, zum einen weil durch eine Steuerreform die Einnahmesituation verbessert wurde, zum anderen weil die Investitionen durch den begleitenden Beteiligungsprozess zielgerichteter verliefen. (So jedenfalls die Aussage von Antônio Inácio Androlini im Jahr 2004, seinerzeit Doktorand an der Uni Osnabrück.)

Das Erfolgsmodell Porto Alegre fand seitdem in Brasilien und ganz Südamerika viele Nachfolger und auch in Europa experimentieren seit einigen Jahren viele Städte mit Bürgerhaushalten. Allerdings in sehr unterschiedlicher Form.

Am avanciertesten ist in Deutschland der Bürgerhaushalt des Berliner Bezirks Lichtenberg. Hier können die Bürger\_innen in diesem Jahr bereits zum siebenten Mal ihre Vorschläge zum Bezirkshaushalt einbringen, diskutieren sowie darüber abstimmen. Beraten wird dabei über die Verwendung von 32 Millionen Euro für die so genannten steuerbaren Aufgaben. Dazu gehören z.B.: Öffentliche Bibliotheken, Gesundheitsförderung, Allgemeine Kinder- und Jugendförderung, kulturelle Angebote, Musikschule, ehrenamtlicher Dienst für Senior\_innen / Seniorenbetreuung, Sportförderung, Stadtteilprojekte, Grünflächen und Spielplätze, öffentliches Straßenland, Volkshochschule, Wirtschaftsförderung und Bauinvestitionen. Die Vorschläge können auf drei unterschiedlichen Wegen eingereicht werden: • Intermediar, • Stadtteildialog, • oder schriftlich.

Schließlich gibt es ein zweiwöchiges Voting im Internet sowie eine Abstimmung über die Vorschläge des Stadtteildialoges, den sogenannten Votierungstag. Auf einem dritten Weg (Haushaltsabstimmung) werden flächendeckend 20 % der Bürger\_innen - per Zufallssystem ermittelt – angeschrieben und können so ihre Präferenzen mitteilen. Am Ende der Votierung werden die Ergebnisse zusammengefasst und der Bezirksverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. – Dazu gibt es sogenannte »Kiezfonds« (insgesamt 65.000 Euro), über deren Vergabe die Bürger\_innen direkt entscheiden können.

Ähnlich sind die Verfahren in Freiburg und Köln,

über die eine sehr frische Bachelorarbeit von Tom Eich detailliert Auskunft gibt. Zur Veranschaulichung unten eine Grafik über das Freiburger Modell aus dieser Arbeit, das erahnen lässt, warum die Kosten bei insgesamt 682.240 Euro lagen. Freiburg – auch das sei gesagt – ist mit 220.000 Einwohner\_innen dreimal so groß wie Celle und hat eine bedeutend komfortablere Haushaltssituation.

Überraschend sind dabei die »Gewichtungsentscheidungen« der repräsentativen Umfrage. Wofür wollen die Freiburger\_innen mehr Geld ausgeben? 1. Betreuungsangebote an Schulen (62 %), 2. Instandhaltung / Bau von Schulen (59 %), 3. Kindertagesstätten (56 %), 4. Jugendtreffpunkte (46 %), 5. Klimaschutz (46 %). Weniger Geld ausgeben wollen sie für: 1. Theaterangebot (31 %), 2. Kulturförderung (31 %), 3. Friedhöfe (29 %), 4. Wohnungsbau (29 %), 5. Museen & Stadtarchiv (26 %).

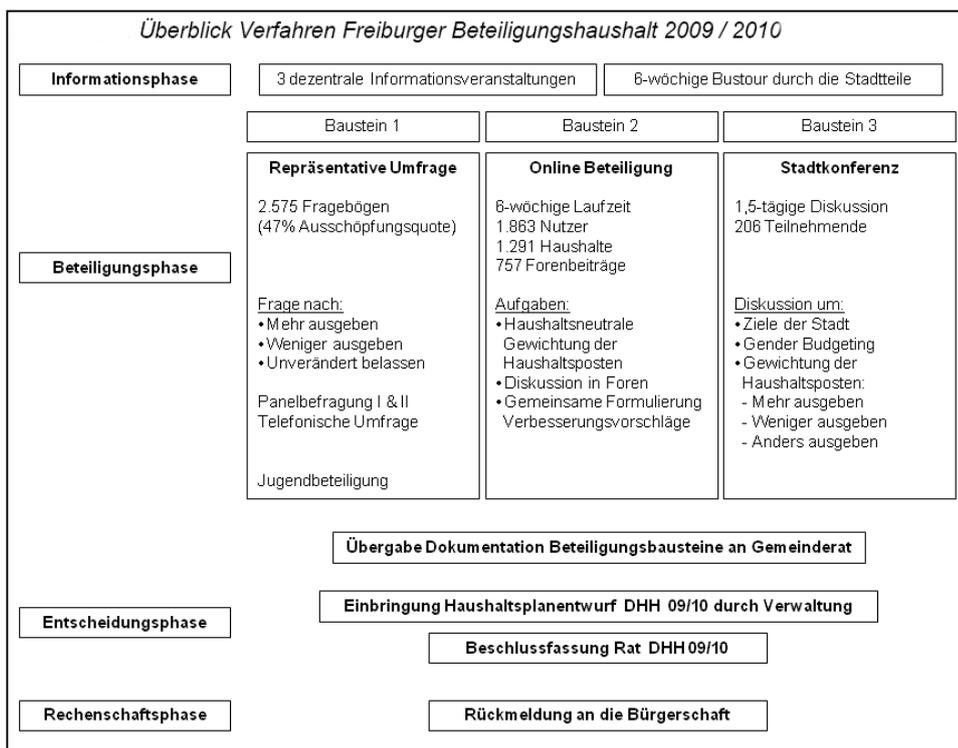
Wie eine solche Umfrage wohl in Celle ausfallen würde? Wohl ähnlich: Mehr für Kinder, Jugend, Klima und ÖPNV, weniger für Theater, Museum und Straßenbau.

Doch der »Gefahr« einer solchen repräsentativen Umfrage setzen sich Rat und Verwaltung in Celle nicht aus. Es ist ein Schmalspurkonzept mit absurder Vorgabe. Schauen wir in die Vorlage zum Ratsbeschluss:

*„Nach den Sommerferien soll für einen Zeitraum von 4 Wochen eine entsprechende Internetseite zur Verfügung gestellt werden, auf der die Bürger ihre Einsparvorschläge einreichen können. Die Bürger werden dabei die Möglichkeit erhalten, auch die Vorschläge anderer zu kommentieren. [...] Zum Protokoll wird nachgetragen, dass das Internet-Modul sowohl für den Bürgerhaushalt als auch für andere Verfahren der Bürgerbeteiligung genutzt werden kann. Die Anschaffungskosten belaufen sich auf 892 € Hinzu kommen Wartungs- und Upgradekosten von jährlich 390 € Die Anschaffung ist bereits erfolgt.“*

In der Liga von Lichtenberg oder Freiburg kann die Stadt mit diesem Ansatz selbstverständlich nicht spielen. Unverschämte aber, anders lässt es sich nicht sagen, ist die Zielvorgabe: Die Bürger (wobei mal wieder das –innen vergessen wurde, ein »Job« für die neue Frauenbeauftragte) sollen EINSPARVORSCHLÄGE einreichen. Was ist mit Vorschlägen, die etwas kosten? Die dürfen nur Rat und Verwaltung machen? Was ist mit Vorschlägen, die die Einnahmen erhöhen würden (z.B. Gewerbesteuer)?

Schon vor zwei Jahren sahen die einzigen konkreten Leitfra-



gen an die Bürger\_innen so aus:

„Welche Ideen und Vorstellungen haben Sie, Einsparungen zu ermöglichen? Kann auf eine Leistung ganz verzichtet werden, um ein anderes Angebot zu ermöglichen? Soll die Anzahl der erbrachten Leistungen verringert werden? Haben Sie Vorschläge, wie der Standard einer Leistung verringert werden kann?“

Leider lässt sich feststellen: So ganz ernst gemeint ist der Celler »Bürgerhaushalt« anscheinend nicht. Offen ließ der Ratsbeschluss auch, wie mit den Vorschlägen umgegangen werden soll – also in welcher Weise Verwaltung und Rat eine »Rechenschaftspflicht« gegenüber den sich beteiligenden Bürger\_innen eingehen wollen.

Und noch ein Aspekt: Wer einfach nur den ganzen Haushaltsentwurf ins Internet stellt, bewirkt kaum mehr als Abschreckung. Denn anders wirkt dieses vielhundertseitige Dokument selbst auf die meisten Ratsmitglieder nicht. Das ist zwar transparent, aber es ist eine Transparenz, die Partizipation erschwert. Wichtig wäre zu wissen: Über welche Instrumente lassen sich die Einnahmen verbessern und in welcher Höhe? Welche Haushaltsposten sind – geregelt durch Bundes- oder Landesgesetze – sowieso nicht veränderbar? Und was sind die »freiwilligen Ausgaben«, die sich die Stadt leistet?

Trotzdem sollte sich niemand abschrecken lassen, sondern sich an der Internet-Diskussion beteiligen. Der Vorschlag, Hardinghaus »einzusparen«, hätte sich ja im Nachhinein als geradezu brilliant erwiesen.

Und vielleicht ist es auch lohnend, von Verwaltung und Politik für 2014 ein bisschen mehr »Bürgerhaushalt« einzufordern. Und auch wenn das (siehe Freiburg) zunächst mal mehr Geld kostet, die Rendite (ums im BWL-Jargon zu sagen) dürfte sich lohnen.



## HAUSHALT 2013

### Schulden steigen, Stadtrat planlos

Im Spätherbst wird sich zeigen, ob es in dem hochzerstrittenen Stadtrat irgendwem gelingt, eine Haushaltsmehrheit zu organisieren. Zwar lässt sich ein Knackpunkt, nämlich die Gewerbesteuererhöhung, im Vorfeld über das Haushaltskonsolidierungskonzept regeln – und dafür gibt es anscheinend eine Mitte-Links-Mehrheit.

Doch wer bringt eine Mehrheit für den Gesamthaushalt zustande? Wären OB Mende und rot-grün politik-



fähig, müssten sie jetzt einmal ausloten, unter welchen Zugeständnissen bzw. Bedingungen Die Linke/BSG und die Wählergemeinschaft einem gemeinsam getragenen Haushalt zustimmen würden. Bei Die Linke/BSG könnte dies z.B. die Einrichtung der geforderten Klimaschutzagentur sein oder eine Verbesserung der offenen sozialen Stadtteilarbeit. (Auf eine gutachterliche Prüfung der überflüssigen Investitionsmaßnahme Nordwall wird sich rot-grün ja wahrscheinlich nicht einlassen, obwohl der Spareffekt nicht unerheblich wäre.)

Auch die sich selbst als »bürgerliches« Lager verstehen haben in einzelnen Punkten widerstreitende Anschauungen und Interessen, die einer problemlosen Mehrheitsbildung entgegenstehen. »Normalerweise« wäre jetzt zu erwarten, dass sich Oberbürgermeister, CDU und SPD z.B. darauf einigen, die Gewerbesteuer nur um 5 statt 10 Punkte anzuheben und die Grundsteuer nicht anzutasten. Und dann angesichts des bevorstehenden Landtagswahlkampfes lieber noch einmal den Schuldenberg über das Notwendige zu steigern. Aber OB Mende hat sich zuletzt – wie wir aus ratsnahen Kreisen hörten – derart mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Gevers und FDP-Fraktionschef Falkenhagen angelegt (im O-Ton „angeschrien“), dass aktuell jede Vereinbarung schwierig scheint.

Was der Kommunalpolitik seit Jahren fehlt, ist tatsächlich so etwas wie eine Zukunftsorientierung. Das rechte Lager hat Eckpfeiler nur im Schutz ihrer Klientel, also Optimierung der Bedingungen des innerstädtischer Handels (inklusive des Immobilienbesitzes) und der Schutz vor Gewerbe- und Grundsteuererhöhungen. Von rot-grün gibt es aber eben auch (Ausnahme: IGS) keine »ausstrahlenden« Projekte in Sachen Klima, Mobilität oder Demografie.



## Bildung und Teilhabe

Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, kamen im Landkreis Celle in erheblichem Umfang Mittel, die für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) vorgesehen waren, nicht bei den Betroffenen an. Der Landkreis verwendete nicht ausgeschöpfte Mittel für das Jahr 2011 vielmehr für andere Zwecke wie z.B. Schulsozialarbeit. Die pauschale Mittelzuwendung ließ dies rechtlich zu; dieses Vorgehen wurde aber massiv von Sozialverbänden kritisiert. Eigentlich wollte der Landkreis auch mit den zugewiesenen Mitteln für das Jahr 2012 so verfahren. Damit wird es jetzt nichts. Rückwirkend zum 1.1.2012 verlangen Bund und Land eine so genannte Spitzabrechnung. D.h.: Nicht verwendete Mittel aus der Pauschalzuwendung müssen zurückgezahlt werden. Vielleicht führt diese veränderte Regelung endlich dazu, dass die Landkreisverwaltung sich engagiert darum bemüht, die BuT-Mittel bei den Betroffenen ankommen zu lassen.

## DGB Niedersachsen für Stärkung des ÖPNV

Busse und Bahnen bieten Mobilität für alle, sichern Arbeitsplätze und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wie die Stellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Niedersachsen ausgebaut werden kann, beschreibt der DGB in seinem Positionspapier "Zukunft gestalten mit Bus und Bahn!" Gute Arbeitsbedingungen bei den Verkehrsbetrieben, soziale Teilhabe aller Menschen durch bezahlbare Preise und mehr Klimaschutz zählen zu den darin formulierten Zielen: Um einen leistungsfähigen ÖPNV zu erreichen, muss das Land mehr eigene Mittel in den Ausbau des ÖPNV investieren, heißt es in dem Papier. Zurzeit gibt das Land so gut wie keine eigenen Mittel in den ÖPNV. Zudem muss durch eine Aufnahme des ÖPNV in das Landesvergabegesetz sicher gestellt werden, dass private Verkehrsunternehmen, die im Auftrag des Landes und der Kommunen tätig werden, Tarifreue sowie Sozial- und Umweltstandards einhalten. Nachhaltige Mobilitätskonzepte wie CarSharing oder Fahrrad-Verleih-

systeme, die den ÖPNV ergänzen, müssen weiterentwickelt und vernetzt werden. Durch technische Innovationen muss die Energieeffizienz im ÖPNV deutlich gesteigert werden.



## Katastrophenschutz bei AKW-Unfällen

Mit einer umfangreichen Anfrage stellt die Kreistagsabgeordnete Behiye Uca (Die Linke) den Katastrophenschutz im Fall einer Nuklearkatastrophe im AKW Grohnde auf den Prüfstand: „Der Landkreis Celle liegt noch in der so genannten Fernzone des AKW. Nach einer aktuellen Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz basierend auf den Erfahrungen aus dem Unfall von Fukushima hat sich gezeigt, dass auch noch bis zu 170 km Entfernung radioaktive Kontaminationen mit 20 Millisievert Bodenstrahlung pro Jahr eintreten können. Das BfS kommt zu dem Ergebnis, dass der Katastrophenschutz in Deutschland einer nuklearen Katastrophe von dem gleichen Ausmaß, wie sie in Fukushima auftrat, nicht gewachsen wäre.“

Den Fragenkatalog hat die Kreistagsabgeordnete auf Bitte und Anregung von Celler Atomenergie-Gegner\_innen eingereicht. In den 23 Fragen geht es um den Stand und Aktualisierungen des Katastrophenschutzkonzeptes für den Fall eines Super-GAUs im alten und pannenanfälligen AKW Grohnde. Unter anderem wird gefragt: „Inwieweit hat der Kreis Celle die erforderlichen Katastrophenschutzmaßnahmen für den Fall eines schweren Reaktorunglücks im AKW Grohnde mit Freisetzung radioaktiver Stoffe überarbeitet?“, „Wie, wann, wo und von wem würden die Jodtabletten verteilt?“ oder „Sind im Falle eines schweren Reaktorunglücks im AKW Grohnde Evakuierungs-

Maßnahmen für den Kreis Celle geplant? Wenn ja, welche?“ Der Landrat soll die Fragen in der nächsten Kreistagssitzung beantworten.

Behiye Uca: „Den Anti-AKW-Initiativen geht es darum, die Diskussion um eine verdrängte Gefahr anzustoßen. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat gezeigt, dass das Risiko real ist. Die beste Katastrophenschutzmaßnahme bleibt aber mit Sicherheit die sofortige Stilllegung der Atomanlagen.“

## E.on im Umweltausschuss

Den Bock zum Gärtner gemacht, das hat der Stadtrat mit der Berufung eines neuen Mitglieds in den Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Umwelt und Klimaschutz. Gegen die Stimmen von Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG wählte der Rat mit Wolfgang Frage den Geschäftsführer der SVO Energie GmbH dort hinein.

## NS-Dokuzentrum

Es ist eher unwahrscheinlich, dass es noch etwas wird mit einem lokalgeschichtlichen Dokumentations- und Lernort zur Geschichte des Nationalsozialismus. Beklagt werden ratsseitig die hohen Kosten. Selbst das von der Verwaltung vorgeschlagene, deutlich »abgespeckte« Konzept für wissenschaftliche Grundlagenarbeit wurde im Verwaltungsausschuss gestoppt. Worum ging es? Um zwei wissenschaftliche Stellen, 30 Stundenwoche für 18 Monate, Kosten 200.000 Euro. Das soll jetzt zum einen im Rahmen der Haushaltssituation betrachtet werden (d.h. wahrscheinlich Daumen runter), bzw. nur realisiert werden, wenn 100 % der Mittel von außen eingeworben werden (d.h. mit Sicherheit Daumen runter). Im Verwaltungsausschuss soll diese Linie ausdrücklich von den SPD-Vertretern verfolgt worden sein.

Ach übrigens: Bei einer so super spannende Ausstellung wie „Als die Royals nach Hannover kamen“, wo in der Gotischen Halle neue Forschungsergebnisse zur Personalunion Hannover-London präsentiert werden sollen, hatte der Rat keine großen Einwände gegen Förderung in Höhe von 150.000 Euro.

## Wir für Celle

Nachdem sich der Rat der Stadt in der letzten Zeit nicht mit Ruhm bekleckert hat, haben sich mehrere engagierte Bürger\_innen entschlossen, mit einer Vereinsgründung eine formellere Basis zu schaffen für die städtebauliche Diskussion.

Auf der website »WirfuerCelle.de« wird verkündet: „Wir wollen das nachholen, was die Stadt im Rahmen ihrer städtebaulichen Aktivitäten immer wieder versäumt: Information der Bürger über Bebauungspläne, Aufzeigen von Auswirkungen geplanter Maßnahmen wie z.B. Verkehrsentwicklung, Umweltverträglichkeit usw., Schutz vor Verkehrsemissionen durchsetzen. Dafür wollen die Vereinsmitglieder aktiv an Ratssitzungen teilnehmen, die gesetzlichen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Bebauungsverfahren nutzen und die Bürger\_innen Celles nach ihren Wünschen befragen. Die Vereinsgründung steht im September an. Hintergrund sind insbesondere die Diskussionen um die gegenläufige Streckenführung im Nordwall.“

## Landtagswahl

Allzu viele Vertreter\_innen werden Stadt und Landkreis Celle nicht haben im nächsten Landtag. Sowohl bei den Bündnisgrünen wie bei Die Linke gab es auf den Landeslisten nur hintere Plätze: Nadin Bisewski und Sebastian Baumeister kamen auf die Plätze 37 bzw. 42 der Landesliste der Bündnisgrünen. Yilmaz Kaba kam bei Die Linke auf Listenplatz 16; da bräuchte es ein Ergebnis von über 10 %, womit höchstens zu rechnen wäre, wenn die Krise bis zum Jahresende in Deutschland noch spürbare Folgen hervorbringt.

Bei der SPD steht Maximilian Schmidt auf Platz 21 und Annette von Pogrell auf Platz 44. Schmidt ist damit, so er den Celler Wahlreis nicht direkt gewinnt, im Grunde genommen darauf angewiesen, dass die SPD möglichst landesweit nicht so viele Direktmandate gewinnt. Aber: Das könnte gerade so klappen.

Die Piraten haben zwischenzeitlich ihre Direktkandidaten gewählt: In Cel-

le/Hambühren kandidiert Axel Beierlein (42) und für den Kreis Gunnar Dingler (33). Beierlein ist Dipl.-Ing. Elektrotechnik; er war zwischen 2005 und 2008 in der SPD (das Eintrittsdatum spricht gegen ihn) und lebt in Burgwedel. - Dingler war nach einer Ausbildung zum Maurer vier Jahren bei der Bundeswehr, wechselte danach in die Sicherheitsbranche, zuletzt für die British Forces Germany. Seit 2011 arbeitet er als Elektroniker. Was die Affinität zu militärischen Arbeitgebern ein wenig aufwiegt, ist, dass er sich für einen fahrscheinlosen ÖPNV einsetzen will.



## Wietze-Klage abgewiesen

Der NABU Niedersachsen ist mit seiner Klage gegen den umstrittenen Geflügel-Großschlachthof in Wietze bei Celle vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg gescheitert. (Urteil vom 28. Juni 2012, Aktenzeichen: 2 A 111/11).

Unzumutbarer Lärm für die Nachbarschaft sei nicht zu erwarten, befanden die Richter. Der Ammoniak- und Stickstoffausstoß werde nach einem Gutachten nicht überschritten. Schwebstoffe und Stäube würden durch eine spezielle Abluftreinigung zurückgehalten. „Medizinisch begründete Immissionsgrenzwerte für Bioaerosole gibt es nicht“, erklärten die Richter ergänzend. Auch bauplanungsrechtliche Bedenken bestünden nicht.

Der NABU geht auch nach Prüfung des verwaltungsgerichtlichen Urteils weiterhin davon aus, dass der der immissionschutzrechtlichen Genehmigung zugrunde liegende Bebauungsplan rechtswidrig ist und der Genehmigung damit die erforderliche planungsrechtliche Grundlage fehlt. Nach Auffassung

des NABU Niedersachsen handelt es sich letztendlich jedoch um Fehler, die durch ein neues Bebauungsplanverfahren reparierbar wären. Der NABU Niedersachsen wird daher von weiteren Rechtsmitteln gegen die abgewiesene Klage absehen.

## Nazis haben Namen und Adressen

„Der Celler Neonazi Jan Tremmel war am 1. Mai 2012 an einem Angriff auf das linke Projekt "MittenDrin" in Neuruppin (Brandenburg) beteiligt. In Solidarität mit den Leuten aus dem MittenDrin haben wir in der Nacht von Donnerstag auf Freitag [20.07.2012] seinen Wohnort mit Farbeiern angegriffen. Außerdem prangt an seinem Wohnhaus seitdem ein Schriftzug, der ihn als Nazi outet.“

Nachdem am ersten Mai eine Neonazi-Demonstration in Wittstock durch antifaschistische Intervention verhindert werden konnte, kam es zu einem Angriff auf das linke Zentrum MittenDrin. Eine Gruppe von 40 frustrierten Nazis bewarf das Haus mit Flaschen und Steinen. Auf später veröffentlichten Fotos war der bekannte Celler Nazi Jan Tremmel als einer der Hauptakteure zu identifizieren. - Ein Angriff auf Genoss/innen ist ein Angriff auf uns alle. Deshalb haben wir Jan Tremmels Wohnort im Celler Stadtteil Heese aufgesucht. Wir haben Tremmel das genommen, was Nazis so schätzen: einen ruhigen anonymen Rückzugsort.

Kein ruhiges Hinterland für Nazis! Nicht in Celle! Nicht irgendwo! Kein Vergeben, kein Vergessen! Solidarität mit den Leuten aus Neuruppin.“

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/64286>



## Konzern oder Heimat?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Der Besserwisser:** Und – geht er an die Leine, unser Supermen.de?

**Oma Lilo:** Wenn Sie ihn haben wollen, wird er sich wohl nicht sperren.

**Der lange Lulatsch:** Celle kann nerven, das merkt er jetzt auch.

**Oma Lilo:** Er kam daher als großer Kommunikator und geht, wenn er geht, als ein leicht reizbarer, dann autoritär agierender – also eigentlich typischer Sozialdemokrat.

**Die Dicke:** Aber eins muss man ihm lassen. Er hat mit einigem Geschick eine IGS gegen Wiswe durchgesetzt.

**Der Besserwisser:** Aber wahrscheinlich muss er ja nicht an die Leine. Denn es ist kaum zu erwarten, dass rot-grün in der Lage ist, mit Piraten oder der Linken eine Mehrheit zu bilden. Und in einer großen Koalition dürfte für ihn kein Ministerposten dabei sein.

**Die Dicke:** Das ist ja auch sein Elend in Celle. Rot-grün ist im Rat anscheinend nicht willens und in der Lage, Mehrheiten zu organisieren, weder für Sach- noch für Personalentscheidungen.

**Der lange Lulatsch:** Aber was soll's. Diese so genannte kommunale Selbstverwaltung ist doch sowieso auf den Hund gekommen.

**Oma Lilo:** Wenn Alpha-Tiere permanent Schwanzvergleich spielen, kann doch nichts anderes herauskommen.

**Der lange Lulatsch:** Das meine ich gar nicht, oder zum Teil doch. Stimmt ja – 2/3 der Ratsmitglieder sind Männer und 2/3 der Ratsmitglieder sind 50 Jahre und älter. Aber wichtiger scheint mir, wie sie auf die Stadt schauen: Es ist der Blick eines Konzernaufsichtsrats. Und für »ihre« unternehmerische Stadt steht nicht mehr Daseinsvorsorge und das Wohl ihrer Bürger\_innen im Zentrum, sondern die Unterstützung und Förderung Erfolg versprechender Unternehmungen.

**Die Dicke:** Da will ich aber mal ein Beispiel hören.

**Der lange Lulatsch:** Nimm die ganze Innenstadtdiskussion. Es geht einzig um Kaufkraftflüsse – und weil es dabei Gewinner und Verlierer gibt, machten die vermeintlichen Verlierer eine Opposition gegen ECE und Gedo auf. Dem alten Vorstandsvorsitzenden Martin Biermann war ausschließlich daran gelegen, dass mehr Geld in die Altstadt fließt. Darauf wird dann auch die Verkehrsplanung ausgelegt, so dass jetzt Saturn mit einer weiteren Zufahrtstraße beglückt wird. Oder nimm die Schuldiskussion: Pädagogische Argumente für die Schaffung einer IGS waren kaum zu vernehmen; die Befürworter wollen die Aufwertung dessen, was sie Bildungslandschaft nennen, um Fachkräfte mit Kindern in Celle zu halten bzw. in die Stadt zu locken. Es geht um eine Attraktivitätssteigerung nach »außen«, die »eigenen« Bürger\_innen und ihre Interessen sind demgegenüber fast gleichgültig – jedenfalls die der Citoyen. Als »Bourgeois« haben sich ja der Karstadt-Leiter Schmidmann und Dettmer&Müller-Geschäftsführer Scherer gleich direkt in den Aufsichtsrat, 'tschuldigung, Stadtrat wählen lassen.

**Die Dicke:** Aber die Bürger\_innen werden doch gehört, Stichwort: Bürgerhaushalt oder die ganzen Leitbild-Diskussionen ...

**Der Besserwisser:** Man kann's auch neoliberale Vergemeinschaftung nennen, »Gemeinsinn« wird in einer zivilgesellschaftlich-lokalpolitischen Arena produziert, damit die strukturellen Probleme »gemeinsam geschultert« werden. Im Bürgerhaushalt geht's so um die besten Sparvorschläge. Das ist eigentlich eine De-Thematisierung von Politik, was hinausläuft auf eine Verdrängung des Sozialen.

**Oma Lilo:** Sozialpolitik im alten Sinne findet nur noch auf einer professionellen Ebene z.B. der Jugendhilfe statt, aber vieles wird nach außen verlagert, entweder in extern organisiertes Quartiermanagement – wie bei der Neustadt-Sanierung – oder in die klassische bürgerliche Wohlfahrt, wo mit Sozialkaufhäusern, Kulturloge und Ehrenamt das löchrige soziale Netz notdürftig zusammengehalten wird.

**Der lange Lulatsch:** Outsourcing halt – die Stadtverwaltung selbst strukturiert sich wie ein Unternehmen. Eine Stadt ist zu führen wie ein Konzern – oder im Fall Celle vielleicht wie ein größerer mittelständischer Betrieb. Das zeigt sich am Umbau der städtischen Verwaltungen zu kundenorientierten »Dienstleistungsunternehmen«, der Einführung betriebswirtschaftlicher Controlling- und Buchhaltungsverfahren und der Kostenberechnung von städtischen Leistungen.

**Der Besserwisser:** Aber es ist ja »Heimat«. Sozialdezernent und Rathauskönig Stephan Kassel hatte sich für seine »Rede auf Heimat und Vaterland« ja ein Bloch-Zitat ergoogelt: „Heimat liegt dort, wo sich Menschen miteinander ein solidarisches Zuhause bauen.“ Wir haben uns gewöhnen müssen, dass Blochs »Prinzip Hoffnung« grundsätzlich falsch verstanden ins Feld geführt wird. Und gehen wir mal davon aus, dass der Rathauskönig den Philosophen nur aus dem Internet kennt. Denn nichts würde jenem ferner liegen, als im „Wetterwinkel möglicher Reaktion“, nichts anderes ist das Schützenwesen, so etwas wie Heimat zu suchen. Heimat ist gerade nicht Herkunft, sondern etwas Unvollendetes. Wie es so wunderbar im letzten Absatz von »Prinzip Hoffnung« heißt: „Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“

**Die Dicke:** Das hätte ich von dir jetzt gar nicht erwartet. Aber genau. Heimat bildet sich heraus im Kampf des Neuen gegen das Alte – das heißt auch und gerade gegen Vaterland und Nation.

**Oma Lilo:** Das hätten die Schützen weder verstanden, noch gern gehört, oder?

**Oma Lilo und die Dicke** (nicken sich zu und singen »Heimat – wir marschieren« von »Erste Allgemeine Verunsicherung«): *Wir marschiern, wir marschiern / es vertrocknet unser Hirn, / vorwärts marsch, Delirium, / dumm im Kreis herum.*

**Jonas** (steigt ein): *Wir parier'n, funktionier'n / Orschloch z'samm beim Salutiern! / Ritterkreuz, Gedächtnisschwund, / Kameradschaftsbund!*

**Der lange Lulatsch:** Bumm Bumm.



## „Antifa-Sommer“ in Eschede

### Spontankundgebung gegen JN-Treffen

Nachdem Karfreitag bereits eine Spontankundgebung gegen ein Nazitreffen auf Hof Nahtz stattfand, konnte (sh. revista 60) dieses Aktionsmodell ein wenig weiter erprobt werden: Am 16.06.2012 fand auf Hof Nahtz ein JN-Landestreffen statt. Spontan trafen sich Aktive aus den verschiedenen Gruppen und Initiativen des „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus“ und weitere Verbündete, um deutlich zu machen, dass sie alle wollen, dass diese ständigen Nazitreffen ein Ende haben müssen! Während der Kundgebung fanden nur etwa ein Dutzend Fahrzeuge – besetzt mit ein bis drei Personen – den Weg zu dem maroden Hof von Joachim Nahtz. Einige Demonstrant\_innen beobachteten, dass Fahrzeuge auch wieder abdrehten. Laut JN waren neben ihren eigenen Mitgliedern auch Die Döötschen Deerns und Organisatoren des Naziaufmarschs in Bad Nenndorf am 04.08.2012 mit Ständen vertreten. Auch die notorische Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck war auf Hof Nahtz. Sie hatte 2010 in Bad Nenndorf noch Redeverbot, dieses Jahr war sie dort auch wieder und durfte reden. Allerdings ging das im Lärm der Protestierenden unter und die Nazi-Technik versagte auch ...

Weitere Infos zum JN-Treffen in Eschede sh.: <http://gj-celle.de/2012/06/jn-landestreffen-im-kreis-celle/>

### Bündnisdemo „Gemeinsam gegen die Nazitreffen“

Am 26. Juni fand zum wiederholten Male eine Sonnwendfeier auf Hof Nahtz statt mit über 200 Neonazis aus dem Norddeutschen Raum. Dass diese Treffen keine harmlosen Brauchtumsfeiern sind, wurde bereits wiederholt dargestellt. Auch dieses Mal reisten wieder etliche Nazis mit ihren Kindern an, um sie am Lebensstil der extremen Rechten teilhaben zu lassen.

Zu den Aktionen gegen das Nazitreffen – angemeldet vom DGB, geplant und durchgeführt von den im Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus organisierten Gruppen und Personen – kamen insgesamt etwa 500 Menschen. Zu Beginn um 14.00 Uhr fand eine Demonstration vom Bahnhof in Eschede statt, gefolgt von einer längeren Kundgebung in der Nähe der Kreuzung Hermannsburger Straße / Am Finkenbergring, der Zufahrtsstraße zum Hof Nahtz. Gegen Abend fand noch ein Staffelgottesdienst auf der Hermannsburger Straße statt, so dass für diesen Zeitraum die Straße für anreisende Nazis gesperrt war. Viele der Demoteilnehmer\_innen blieben zum Gottesdienst und etliche andere kamen extra dafür.

Inhaltlicher Schwerpunkt war das Erinnern an die 182 Todesopfer durch Nazis in Deutschland seit 1990. Nach einer einführenden Rede zu dem Thema, wurden die Namen aller 182 Todesopfer verlesen, für jedes Opfer wurde ein Luftballon steigen gelassen.

Während der Todesopfer gedacht wurde, passierte genau das, was durch die unsäglichen Demoaufgaben des Landkreises Celle ermöglicht wurde: die Täter bzw. deren Sympathisanten fuhr ungestört 50 Meter an der Kundgebung vorbei zu ihrem Nazitreffen!

Da die einführende Rede in der bürgerlichen Presse so gut wie keine Erwähnung fand, wollen wir an dieser Stelle einige Passagen zitieren, die uns erwähnenswert erscheinen.



Die Rede stand unter der Überschrift Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

*„Ein mörderisches Verbrechen. Seit 1990 sind über 180 Menschen durch Neonazis zu Tode gekommen, erschossen, erstochen, erschlagen, ertränkt, aus der U-Bahn gestoßen. Sie sind umgebracht worden, weil sie in das rassistische, menschenverachtende Weltbild der Nazis nicht passen, weil sie Ausländer\_innen sind, behindert, obdachlos, Linke.“*

Dass die Zahl der von der Bundesregierung offiziell mit 53 angegebenen Opfer rechter Gewalt so deutlich geringer ist, als die der Opferverbände wurde folgendermaßen kommentiert:

*„Opferzahlen werden geschönt, um das Problem zu verharmlosen. Verfolgungsbehörden werden zwar immer besser ausgestattet und erhalten immer mehr Befugnisse – z.B. Möglichkeiten zur Überwachung – aber die jüngsten Erkenntnisse um den NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) zeigen, dass wir uns darauf wohl nicht verlassen können. Wir müssen nicht nur selber recherchieren, wir müssen vor allem selber aktiv sein, den Nazis den Nährboden entziehen und uns ihnen in den Weg stellen, mit allen legitimen und notwendigen Mitteln.“*

Danach wurde ausführlich auf die Tötung von Peter Deutschmann in Eschede eingegangen. Nach einem kurzen Abriss aus Peter Deutschmanns Leben folgte ein Bericht über die Tat:

*„Er wehrte sich stets verbal, also völlig gewaltfrei, gegen die ausländerfeindlichen Sprüche der beiden späteren Täter. Das und seine „Anmachereien gegen die Skinheadszene“ war dann auch der Anlass für Marco Siedbürger und Johannes Kneifel, ihn am 09.08.1999 kurz nach Mitternacht aufzusuchen. Sie wollten ihm einen „Denkzettel“ verpassen. Peter Deutschmann wurde niedergeschlagen, als er auf dem Boden lag wurde er mit Springerstiefeln, die mit Stahlkappen versehen waren, mehrmals getreten. Sein Kehlkopf wurde zertrümmert. 22 Verletzungen wurden später an ihm festgestellt. Die beiden Neonazis ließen den hilflosen Mann blutüberströmt zurück, stahlen auch noch sein Telefon, so dass er keine Hilfe holen konnte. Stunden später hörten Nachbarn die Hilferufe, Peter Deutschmann wurde noch ins Krankenhaus gebracht, starb dennoch 24 Stunden nach dem brutalen Überfall.“*

In dem Redebeitrag wurde knapp analysiert, wie es zu solchen Taten kommen kann:

*„Das Ignorieren neonazistischer Umtriebe wie Ende der 1990er Jahre hier in Eschede ist fatal. Betrachtet man die 182 Morde lässt sich folgendes feststellen: die Mordtaten geschehen nur äußerst selten aus dem nichts heraus. Fast immer gibt es eine Vorgeschichte, die sich in den meisten Fällen stark ähnelt: Ein Verharmlosen und Ignorieren von Neonazis in der Region, eine teilweise Schnittmenge der Wertsysteme zwischen Neonazis und einem Teil der Bevölkerung und dem Fehlen von Widerstandskultur.“*

Was mit dem Ignorieren von neonazistischer Aktivitäten in Eschede gemeint ist, wurde eindrücklich dargestellt:

*„Es gab damals eine Gruppe junger Neonazis in Eschede. 1997 nahmen alleine aus Eschede 10 junge Neonazis an der sog. Hetendorfer Tagungswoche teil. Die Hetendorfer Tagungswoche war ein in den 1990er Jahren jährlich zur Sonnenwende stattfindendes Treffen von über 100 Alt und Neonazis aus ganz Deutschland. Dreh und Angelpunkt war der bekannte, inzwischen gestorbene Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger. Zur siebten und letzten Hetendorfer Tagungswoche waren auch die bis dahin dort nicht so gerne gesehenen sogenannten „Stiefel“-Nazis, also Nazis im damals üblichen Skinhead-Outfit, als Ordnungstruppe geladen, Mitglieder der damals noch recht jungen Kameradschaft 73 aus Celle waren dort und eben auch 10 Escheder Neonazis. ... Ende der 1990er Jahre eine Nazigruppe von über 10 Personen in dem kleinen Eschede: Das musste doch wahrgenommen worden sein!“*

Folgerichtig wurde die Forderung erhoben, ein Gesellschaftsmodell ohne Ausgrenzung zu entwickeln und zu leben, das folgendermaßen beschrieben wurde:

*„Ein Modell von Gleichwertigkeit aller Menschen, ohne Ausgrenzung, eines, das emanzipatorische und alternative Lebensentwürfe stärkt. Diese Werte müssen gelebt werden, von uns allen. Ohne jede rassistische Äußerung, ohne jede diskriminierende Haltung – geschweige denn Handlung. Und das bedeutet auch, sich gegen Ausgrenzungen zur Wehr zu setzen, die gesellschaftlicher Konsens zu sein scheinen: Ausgrenzung durch das Asylgesetz, Ausgrenzung durch die Hartzgesetze, Ausgrenzung durch Elitedenken, wie es z.B. unser Schulsystem fördert, Ausgrenzung dadurch, dass der*



*Wert eines Menschen nur daran fest gemacht wird, was er leistet.“*

Und eine weitere und abschließende Forderung war die nach einem Gedenkstein für Peter Deutschmann in Eschede.

Rückblick auf die Demo siehe auch: <http://www.cellforum.de/beitraege/33-faschismus-ist-keine-meinung-sondern-ein-verbrechen-demo-in-eschede-am-23062012.html>

### Gedenkveranstaltung für Peter Deutschmann

Am 10.08.2012 war der 13. Todestag von Peter Deutschmann. Einige Aktive aus dem Landkreis Celle organisierten eine Gedenkveranstaltung im Ortskern von Eschede, an der 25 Menschen teilnahmen. Es sprachen Vertreter\_innen des Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus, des Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus sowie der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen. Alle Redner\_innen waren sich einig in der Forderung nach einem Gedenkstein für Peter Deutschmann in Eschede sowie für alle 182 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland.

Am Kundgebungsplatz wurde ein Modell des geforderten Mahnstens errichtet und es war eine kleine Ausstellung installiert. Ein Transparent mit einem Foto des geforderten Gedenksteins wurde aufgehängt, davor wurde das Gesteck für Peter Deutschmann abgelegt.

Vor, zwischen und nach den Redebeiträgen wurde Musik abgespielt, die Peter Deutschmann gerne hörte. Das kam daher, dass ein ehemaliger Freund und Wegbegleiter von Peter Deutschmann nach der Demo am 23.06. die Rednerin ansprach und noch einiges von Peter Deutschmann zu erzählen wusste. Er war am 10.08.

selber anwesend und sprach auch kurz über seinen damaligen Freund, beschrieb ihn als freundlichen, lustigen Menschen, mit dem man gut auskommen konnte und der niemals Streit gesucht hat.

Der erste Redebeitrag widmete sich dem Opfer und auch sehr ausführlich den Tätern. Einer von ihnen, Marco Siedbürger, ist mehr den je in der Neonaziszene aktiv, der andere, Johannes Kneifel, hat sich von der Szene verabschiedet und wird jetzt Pastor (sh. revista 57). Der Beitrag endete mit der Forderung nach einem Gedenkstein weil „so ein Stein an den gewaltsamen Tod von Peter Deutschmann erinnern soll und daran, welche Gefahren von Neonazis und Rechtsextremisten ausgehen.“

Die Rede vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus war im Kern wie die oben ausführlich zitierte vom 23.06. des Jahres. Es gab einige Ergänzungen zum Leben von Peter Deutschmann, dank der Erzählungen des genannten Freundes.

„Peter Deutschmann wuchs in Boye auf, hatte eine ältere Schwester. Er lief schon als junger Mann mit Ohrring und langen Haaren herum – damals eigentlich nichts ungewöhnliches – was wohl auch zu seinem Spitznamen Hippy führte. Er machte eine Ausbildung zum Karosseriebauer. Sein Freund beschrieb ihn als gutmütig, einen netten Typen, der gerne geholfen hat. Er sagte auch, dass es sich durch Peter Deutschmanns Leben zog, dass er ausgenutzt wurde. Musik war Peter Deutschmanns Leben. Er war lange Zeit DJ im Club Freedom in Altenhagen, legte Samstags und Sonntags Platten auf. Er hatte großes Expertenwissen. Seine Musikrichtung war klassischer Rock / progressiver Rock, auch Reggae liebte er. Peter Deutschmann war verheiratet, hat eine Tochter. Doch die Ehe scheiterte bald. Nachdem das Freedom dicht machte, betrieb Peter Deutschmann in Bergen mit seiner damaligen Freundin einen Imbiss. Doch auch das scheiterte, das Geld reichte nicht. So musste er sein Auto verkaufen, eine alte Kiste, ein Ford Granada Cabrio mit Riesenhörnern vorne und Plüschsitzen, ein Hingucker, wie sein Freund sagte. Sein Musikexpertenwissen konnte er nicht fortsetzen, er konnte es sich nicht leisten, weiterhin Schallplatten zu kaufen. Ungefähr zu der Zeit verlor er dann auch seine Plattensammlung durch einen Wasserschaden. Peter Deutschmann zog nach Eschede, zuerst wohnte er Richtung Rebbeläher Straße, in einem von der Gemeinde angemietetem Haus für Obdachlose / Wohnungslose, später dann in der Uelzener Straße. Die Freunde hielten noch Kontakt, aber irgendwann rief Peter Deutschmann nicht mehr an, dann passierte das Drama. Der Freund sagte, Love, Peace und Freedom war zwar ihr Credo, sie wollten nix mit den Typen, also den Neonazis, zu tun haben, darauf hatten sie keinen Bock, dennoch war der Freund verblüfft, dass Peter Deutschmann sich gegen Nazis verbal auflehnte.“

Am Ende des Redebeitrags wurde noch einmal betont, dass der Stein sichtbar im Ortskern von Eschede errichtet werden soll und warum ein Gedenkstein in Eschede so wichtig ist:

„Der Stein soll an Peter Deutschmann erinnern, er soll nicht vergessen werden. Und der Stein soll daran erinnern, warum Peter Deutschmann tot geprügelt wurde: es war eine rechtmotivierte Tat und das soll auch so genannt werden! Und der Stein soll auffordern, sich dem Problem zu stellen, eben nicht weg zu schauen, zu ignorieren!“

In der nachfolgenden Rede der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen wurde von einem ähnlichen Fall berichtet, der Tötung von Gustav Schneeclaus in Buxtehude. Die Parallelen aber auch der unterschiedliche Umgang mit der Tat wurden dargestellt, sowie der Bezug zu den Nazitreffen bei Nahtz in Eschede herausgestellt:

„Es gibt Parallelen zwischen den Morden an Peter Deutschmann und Gustav Schneeclaus: beide haben sich gegenüber ihren späteren Mördern abfällig über Nazis und Hitler geäußert. Sie sagten die Wahrheit und wurden dafür ermordet. Beide entsprachen nicht unbedingt einem "normalen" Werdegang und gesellschaftlichen Normen. Sie wurden als sozial Randständige an den Rand der Gesellschaft gedacht. In beiden Fällen ist jeweils einer der Täter noch heute in neofaschistischen Kreisen aktiv und auch immer wieder bei Nazitreffen hier in Eschede zugegen. ... Die Morde an Peter Deutschmann und Gustav Schneeclaus und andere neofaschistische Gewalttaten und Morde sind die Konsequenz einer extrem rechten Ideologie, in der die soziale Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen verneint und in der den Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen, das Recht auf Leben nicht nur theoretisch aberkannt wird. Auf Hof Nahtz wird diese mörderische Einstellung gelebt und vermittelt. Jedes Nazitreffen auf Hof Nahtz ist deshalb ein Treffen von potentiellen Mördern. Und gehören endlich verhindert! Gab es in der konkreten Tat – den Morden an Peter und Gustav – mehrere Parallelen, so ist die Erinnerung und das Gedenken an Beide von Unterschieden geprägt. In Buxtehude wurde nach kurzer Zeit eine Gedenkplatte am örtlichen Busbahnhof – dem Tatort – installiert. Selbst als der ZOB vor einigen Jahren komplett umgestaltet wurde, konnte erreicht werden, dass diese Gedenkplatte dort verbleiben konnte. Jedes Jahr finden Gedenkveranstaltungen dort statt. Der Antifaschistische Arbeitskreis „Gedenken an Gustav Schneeclaus“ sorgt bis heute mit seiner Erinnerungs- und Mahnarbeit dafür, dass Gustav Schneeclaus nicht in Vergessenheit gerät. Ganz anders hier in Eschede, wo es bislang noch keinen öffentlichen Erinnerungsort gibt und vielmehr viel dafür getan wird, dass z.B. ein Gedenkstein nicht aufgestellt werden kann.“



## Reichtum besteuern!

Eine stärkere Besteuerung großer Vermögen zur Finanzierung des Sozialstaats und notwendiger Reformen fordert das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“, zu dem sich Bündnis, dem sich neben attac, Gewerkschaften und Sozialverbänden auch Migrantenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen, die Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe, die NaturFreunde sowie weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen haben. Erstmals manifestiert sich damit eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine Politik der Umverteilung in Deutschland. Das Bündnis warnt vor Kahlschlagkürzungen zu Lasten des Gemeinwesens und ruft zu einem bundesweiten Aktionstag am 29. September 2012 auf. (Die Eigentumsfrage »als solche« wird nicht gestellt, was aber bei den das Bündnis repräsentierenden Organisationen nicht verwundert.)

Auf der Pressekonferenz des Bündnisses sagte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes:

„Die Finanznot der öffentlichen Haushalte stellt mittlerweile nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch eine echte Bedrohung unseres Sozialstaates dar. In den Kommunen besteht ein Investitionsrückstand von rund 100 Milliarden Euro. Schulen, Sporthallen und Spielplätze sind vielerorts in marodem Zustand. Schwimmbäder, Büchereien und Theater werden geschlossen. Jugendzentren und Projekte in so genannten sozialen Brennpunkten sind genauso Opfer dieser Entwicklung wie Seniorentreffs oder familienunterstützende Dienste – Einrichtungen, die für die Lebensqualität in einer Kommune von zentraler Bedeutung sind. Echte Armutsregionen sind in Deutschland mittlerweile entstanden. Von gleichwertigen Lebensbedingungen, wie sie das Grundgesetz fordert, kann keine Rede sein.

Mit der Schuldenbremse wird sich die Situation dramatisch verschärfen. Alleine der Bund muss in den nächsten drei Jahren ein Defizit von 20 Mrd. Euro beseitigen. Auch in vielen Bundesländern sind die Aussichten düster: In Nordrhein-Westfalen beträgt das Defizit fünf Milliarden Euro, insgesamt 10 Prozent des gesamten Haushaltes. In Bremen sind es 27 Prozent und im Saarland sogar 32 Prozent des Haushaltes. In ihren Konsolidierungsbemühungen hat die Bundesregierung bisher fatalerweise fast ausschließlich auf Ausgabenkürzungen gesetzt. Verlierer dieser Politik waren vor allem Langzeitarbeitslose, arme Familien, Wohngeldbezieher und andere Hilfebedürftige. Die Konsolidierung des Haushaltes wurde mit der immer tieferen Spaltung der Gesellschaft und der immer weiteren Ausgrenzung ohnehin benachteiligter Gruppen erkaufte. Sollte dieser Weg so weiter gegangen werden, wird mittelfristig der gesamte Sozialstaat aufs Spiel gesetzt.

Fakt ist: Für die Umsetzung einer Pflegereform, die den Namen auch verdient, brauchen wir rund acht Milliarden Euro jährlich. Für die Einführung einer Zuschussrente zur notwendigen Vermeidung von Altersarmut geht selbst das Bundesarbeitsministerium mittelfristig von jährlichen Kosten in Höhe von 3,4 Milliarden Euro aus. Für eine verfassungsgemäße

Ausgestaltung von Hartz IV, die nach wie vor aussteht, sind weitere fünf Milliarden Euro erforderlich. Dabei haben wir noch kein Wort verloren über die von allen erwarteten aber noch nicht bezifferten Mehrkosten beim Ausbau der Kindertagesbetreuung und noch keinen Cent mehr in Schulen oder Universitäten investiert.

Es geht um die Zukunft dieses Sozialstaates. Deutschland steht vor einer grundsätzlichen Richtungsentscheidung. Wenn wir nicht tatenlos zusehen wollen, wie die Spaltung in dieser Gesellschaft immer mehr Opfer fordert und der Sozialstaat vor die Hunde geht, hilft nur noch die Flucht nach vorne.

Wer diesen Sozialstaat weiter will, muss sich auch zu den damit verbundenen Mehrkosten bekennen. Und er muss sich schließlich auch für eine neue Verteilungspolitik aussprechen. Alles andere wäre die Quadratur des Kreises. Unseren Enkeln einen schuldenfreien Staatshaushalt zu hinterlassen, ist sicherlich ein anerkennenswertes Ziel. Ihnen aber gleichzeitig renovierungsbedürftige Schulen ohne Lehrer, geschlossene Schwimmbäder und kulturfreie Kommunen zu hinterlassen, kann nicht die Lösung sein. So unangenehm es ist und auch wenn es keiner hören will: Wir müssen die Verteilungsfrage jetzt und neu stellen.



Geld ist da. Deutschland ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach wie vor das viertreichste Land der Erde. Wir kommen angesichts der sozialen und demografischen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, nicht darum herum, sehr Vermögende zur Finanzierung der Lasten stärker als bisher heranzuziehen. Das heißt konkret: Große Vermögen, Erbschaften sowie hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden als es derzeit der Fall ist. Es geht dabei nicht um Neid, sondern um soziale Gerechtigkeit. Es geht nicht um Klassenkampf, sondern um Vernunft.

Deutschland ist nicht nur Wirtschaftsstandort sondern vor allem Lebensstandort. Vom Teilen profitieren letztlich alle, auch die, die abgeben. Teilen ist nichts Unanständiges, sondern die Basis eines solidarischen Miteinanders. Wir alle leben besser und glücklicher in einer sozial gerechteren Gesellschaft. Hierüber aufzuklären und für eine neue Solidarität in Deutschland zu werben, ist Ziel des Bündnisses Umfairteilen.“

Fotos (auch auf S. 5) von Jakob Huber/Campact

# Wie viel Erde braucht der Mensch?

Eine Diskussion um die Grenzen des Wachstums

Im allgemeinen Bewusstsein scheint inzwischen eine Einsicht fest verzurrt: Kein Wachstum um jeden Preis, sorgsamer Umgang mit Ressourcen. Strittig ist unter Fachleuten freilich, wie das »Wachstumsdilemma« gelöst werden kann: nachhaltiges Wachstum oder radikale Umkehr, individuelles Sparen oder gesellschaftliche Kontrolle? Unser Autor setzt sich mit den wichtigsten Spielarten der ökologisch-ökonomischen Kritik auseinander, die bis an den Kern der kapitalistischen Produktionsweise führt.

Seit dem Sommer preisen euphorisierte Medien mit Schlagzeilen wie »Deutschland holt auf«, »Deutschland trotz der Konkurrenz«, »Deutschland Superstar« (SZ, HAZ, 10.9.10, FAS, 12.9.10) das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Deutschland und ähnliche Wachstumsinterventionen anderswo. Demgegenüber fanden bemerkenswerte Ergebnisse einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung kaum mediale Aufmerksamkeit. Unter der Überschrift »Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis« wurde mitgeteilt, dass die meisten der Befragten den sorgsamen Umgang mit der Umwelt und den Res-

ourcen für nötig hielten. Eine knappe Mehrheit glaube nicht, dass mit höherem Wirtschaftswachstum auch die eigene Lebensqualität steige, aber für 90 Prozent der Befragten sei Wirtschaftswachstum wichtig beziehungsweise sehr wichtig. (1) In diesem Meinungsbefund steckt ein Widerspruch, der die intensiver werdende Debatte um ökonomisches Wachstum vor dem Hintergrund zunehmender sichtbarer ökologischer Risiken bestimmt: Wie kann industrielles Wachstum und Umweltverbrauch in Vorstellungen und politische Agenden von naturnaher Zukunft transformiert werden?

Ein seit den Siebzigerjahren vornehmlich in ökologischen Kreisen vom Club of Rome, World Watch Institute oder Wuppertal-Institut bis hin zu grünen Parteien und Bewegungen intensiv verhandeltes Problem zieht Kreise. Im Zuge der zähen und ergebnisoffenen Klimadebatte um die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Produktion erhielt die grundsätzliche Frage um die Möglichkeiten und Bedingungen von wirtschaftlichem Wachstum eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit. Es geht

um Fragen der Umgestaltung der sozialen und kulturellen Reproduktion von Gesellschaft. Oder, um damit eine alte Frage neu aufzuwerfen: »Wie viel Erde braucht der Mensch?« (2)

Eine ganze Reihe von Analysen und Konzepten mahnen zum sorgfältigen Umgang mit Natur, zum Einhalten und Zurücknehmen, zur Änderung gesellschaftlichen und individuellen Verhaltens, über Mülltrennung, Sparlampennutzung und Feinstaub- oder Antirauchersanktionen hinaus: Muss Wachstum in unserer Wirtschaft sein? Was sind seine ökonomischen und gesellschaftlichen Triebkräfte? Müssen wir das Wachstumsdilemma aushalten, um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft nicht zu gefährden? Wie soll Verteilungsgerechtigkeit ohne Wachstum hergestellt werden? Setzen wir auf quantitatives Wachstum bei Veränderung seiner stofflich-energetischen Qualität? Kann Wachstum, qualitativ und nachhaltig umgeformt, der Vernutzung der Erde und Gefährdung der Menschen Einhalt gewähren? Müssen wir uns nicht in eine Postwachstumsökonomie bewegen?

## Ökoboomb und Changemaker

Gerhard Scherhorn, ein Doyen des ökologischen Diskurses und langjähriger Mitarbeiter des Wuppertal-Instituts, formuliert die politischen Probleme dieser Debatte: Die Logik und »Anziehungskraft des quantitativen Wachstums (sind) so stark, dass die Politik der nachhaltigen Entwicklung nur so weit vorankommt, wie sie sich dem Wachstumsziel unterordnet.« Deshalb »müssen wir einstweilen mit zwei widerstreitenden Tendenzen leben: Es wird partielle Fortschritte im Sinne der nachhaltigen Entwicklung geben, zugleich



aber wird das Streben nach Wirtschaftswachstum das Denken weiterhin so stark beherrschen, dass es die nachhaltige Entwicklung immer wieder in Frage stellt.« (3)

Wir haben es also mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen und Erfahrungen und subjektiven Empfindungen, Einstellungen, Erwartungen zu tun. Betriebswirtschaftliche *lean-production*-Konzepte, ökonomietheoretische Zugriffe auf ethische Bedingungen von Produktion, Vorschläge zu gesellschaftlich organisiertem qualitativen und nachhaltigem Wachstum, Verzichts- oder Umverteilungsvorstellungen sind in den Wortmeldungen und in der Praxis vertreten. Konsumententscheidungen und individuelle Regeln von Lebensführung, Auskommen mit wenig Geld oder sparen am sowieso Genughaben korrespondieren mit Entscheidungen zu gesellschafts-politischem Handeln.

Die Integration partieller ökologischer Neuerungen in Sektoren der Gesamtwirtschaft hat Ökoboomer in Betrieb, Verwaltung, wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftlicher Beratung hervorgebracht. Formale Nonprofit-Unternehmen leben vom Boom des zum Euphemismus gewendeten Begriffs »Nachhaltigkeit« ebenso gut wie Biospritbauern, Solar- und Windkraftunternehmen, Angestellte in städtischen Öko-Agenda-Büros oder Entwickler von Cleantech als »Leitindustrien für die Zukunft«. CSR-Strategien von Unternehmen stehen mittlerweile hoch im Kurs, die Zeitschrift *forum. Nachhaltig Wirtschaften. Das Entscheider-Magazin* koordiniert und propagiert in Kooperation mit B.A.U.M. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management) »technische Innovationen und eine schnellere Marktentwicklung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.« (4) Statt Nischenökos und Umweltraumwissenschaftler und -pädagogen sind nun *Changemaker* im Bestreben um »mehr ganzheitliche Unternehmensverantwortung« als Ökoberater unterwegs: »Angesichts der gesellschafts-

politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts ist Corporate Social Responsibility (CSR) eine *Conditio sine qua non* für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und muss daher mit derselben Sorgfalt und Professionalität geplant und umgesetzt werden wie das eigentliche Kerngeschäft.« (5)

Sie werden gestützt durch in ihrer Profession etablierte Wirtschaftswissenschaftler, die nach der »Ethik der Marktwirtschaft« fahnden. Sie weisen in Richtung einer geistigen (Re-)Konstruktion von Marktwirtschaft, wenn sie Vorstellungen von den »Invisible values« des »reifen Kapitalismus« formulieren, der dann zu dieser Reife gelangt, wenn er sein »invisible capital« hervorhebt. Dies müsse nur von einer »gereiften Menschheit« unter dem Motto, wachsender Konsum und Naturverbrauch kann nicht alles sein, entdeckt werden. (6) Es sei dringlich, die Ethik der Marktökonomien wiederzuentdecken, denn gesellschaftlicher Fortschritt mache sich nicht allein am monetären Wachstum fest. Ethik müsse zu einem Schlüsselement der meisten Arbeitsbeziehungen und des ökonomischen Austauschs werden. (7) So kam die jüngste Tagung der Bertelsmann-Stiftung »Wege aus der Krise – Ist die Marktwirtschaft noch zukunftsfähig? Perspektive für eine ethische Ausrichtung reifer und sich entwickelnder Marktwirtschaften« zu dem Ergebnis: »Quantitatives Wachstum allein reicht nicht – Qualität ist gefragt«. (8) In Wort und Tat geprägt sind solche Konzeptionen von der Integration ökologischer Komponenten in betriebswirtschaftlich orientierte Ideen- und Produktproduktion.

### Marktwirtschaft vs. Kapitalismus ? Green New Deal

Der ökologische Mainstream geht über dieses Statusmix-Denken hinaus und propagiert gegen die »Wachstumsfalle« unseres Wirtschaftens die Hinwendung zu qualitativem und nachhaltigem Wachstum. Das Codewort für qualitatives



Wachstum hieß in Ernst Ulrich von Weizsäcker's *Faktor Vier* (1995) »Effizienz«. (9) In seinem aktuellem Bericht an den Club of Rome wird mit dem auf »Faktor Fünf« erhöhten Faktor »das Konzept einer zukunfts-sicheren und umweltverträglichen Wirtschaftspolitik« versprochen, das »wegweisend für den technologischen Fortschritt und für nachhaltiges Wachstum« sei. (10) »Suffizienz« mache es zu nachhaltigem Wachstum. Denn »eine nachhaltige Zivilisation kommt nicht ohne Verzicht und Rücksichtnahme aus, ohne Bedürfnisbefriedigung jenseits des Bruttosozialprodukts.« (11) Änderung der Wachstumspolitik von Staat und Institutionen durch Erhöhung von Ressourceneffizienz und Entkopplung des ökonomischen Wachstums von Energie- und Stoffströmen sind die Kerne dieser Wachstumskritik. Die Vorstellungen und Vorschläge zur Änderung wirtschaftlich-ökologischer Praxis dieser Strömung gründet auf der Annahme, dass das Beharren auf Wachstum einer Politik geschuldet ist, die nicht mehr darauf achtet, dass sich der »Kapitalismus unter dem Druck der Politik der Marktwirtschaft anpasst«. Angesichts der Finanzkrise, der Zunahme der ökologischen Degradation und der sozialen Auswirkungen müsse »der Geburtsfehler des Kapitalismus, der Primat der Kapitalakkumulation, nun endlich aufgegeben werden. Das ist keine Frage des 'Alles oder nichts'. Auch ohne den Primat wird Kapital akkumuliert, aber mit mehr Augenmaß.« (12)



In einem Grundsatzpapier mit dem Titel »Politik in der Wachstumsfalle« formuliert Gerhard Scherhorn den Kern dieser vorherrschenden ökologischen Theoriebildung: »Das zentrale Problem der Menschen heute ist der Substanzverzehr, seine Ursache die Fixierung der Politik auf das Wirtschaftswachstum. Die Lösung liegt im Gegensatz zur Wachstumspolitik in der Politik der nachhaltigen Entwicklung. Diese Politik lässt die nachhaltigere Produktion in den Grenzen des Substanzerhalts wachsen und die weniger nachhaltige schrumpfen. Sie wird nur gelingen, wenn Wirtschaftswachstum nicht mehr das Ziel der Politik ist.« (13) Die »Vorstellung von der Wünschbarkeit exponentiellen Wirtschaftswachstum« habe sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit den ökonomischen Wachstumstheorien entwickelt. Das »Ergebnis waren zweieinhalb Jahrzehnte Scheinwachstum. [...] Die Wirtschaftspolitik sieht sich auf Gedeih und Verderb an exponentielles Wachstum des Sozialprodukts und Volkseinkommens gebunden.« Politik habe sich »in eine Denkweise hineinmanövriert, die im Wachstum die einzige Lösung der wirtschaftlichen Probleme sieht«. (14)

Daraus gelte es auszubrechen, indem die Marktwirtschaft wiederhergestellt wird. Dabei wird Kapitalismus betrachtet als Verzerrung und schlechter Auswuchs einer auf »freien Marktzugang angelegten Wettbewerbsordnung«, der Marktwirtschaft, die es per staatlicher Intervention wiederherzustellen gilt: »Wir dürfen

den Kapitalismus nicht mit der Marktwirtschaft verwechseln. Marktwirtschaft kann Wohlstand für alle schaffen, Kapitalismus kann das nicht, solange er auf dem Vorrang der Kapitalakkumulation besteht, denn der bereichert einseitig die oberen Einkommensklassen.« Der Kapitalismus »hatte schon viele Gesichter, im 20. Jahrhundert hat er sich unter dem Druck der Politik einige Jahrzehnte lang der Marktwirtschaft angepasst, und das sollte auch jetzt, diesmal auf Dauer, erreichbar sein.« (15)

Die Politik des »Green New Deal« der Grünen, ihre Idee der »neuen industriellen Revolution« sind Teile dieses Projekts einer sich als solche verstehenden Avantgarde des gesellschaftlichen Fortschritts, die mit ihrem beispielhaftem Tun, ihrem visionären Eifer, ihrer trefflichen Vernetzung die Welt verändern möchte, sich aber in deren marktwirtschaftlichen Segmenten eingerichtet hat. Das gegenwärtige Umfragehoch der Grünen etwa kommt ja nicht von ungefähr, und der Spruch, dass man sich »Öko leisten können« muss, findet seine Wahrheit in der Lebenswirklichkeit der Menschen. (16)

### Änderung des Lebensstils

Gegen diese »grüne« Wachstumsstrategie gibt es am Rande des Öko-Mainstreams ernst zu nehmende Einwände: »Die Legende vom nachhaltigen Wachstum. Ein Plädoyer für den Verzicht« überschreibt Niko Paech seine Kritik am »Greenwashing« des Wachstumsbegriffs: »Die Unterscheidung zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum [...] suggeriert, dass sich industrielle Wertschöpfung in zwei Dimensionen aufspalten lässt: Man unterscheidet kurzerhand zwischen den rein qualitativen Werten [...] das sind nutzbringende Funktionen, um derentwillen die Güter überhaupt produziert werden [...] und einer materiellen Dimension des Outputs, die allein als ökologisch problematisch erscheint.« (17) So sei etwa im Recyclingkonzept die Vorstellung enthalten, man könne Wiederverwertungen als ma-

terielle Stoffkreisläufe ohne Vernutzung von Materie organisieren. Der andere »Entkopplungsmythos« gründet sich auf die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung von Ressourcennutzung.

Nun wird Paech nicht bestreiten, dass diese Konzepte erst einmal den Naturverbrauch reduzieren können. Das hat aber noch nichts mit einer Abschwächung von wirtschaftlichem Wachstum zu tun. Im Gegenteil: ökonomisches Wachstum, sprich beschleunigte Akkumulation, würde gerade bei effizienterer, das heißt rationeller Ressourcennutzung Konkurrenzvorsprünge bringen, bedenkt man nur die zu erwartenden Preissteigerungen bei Rohstoffen. Für das Recycling gilt dies nur begrenzt, weil ihre Verfahren oft ein hohes Maß an Energie- und Arbeitskräfteeinsatz erfordern. (18) Paech kommt also begründet zu dem Schluss: »Es ist also falsch anzunehmen, dass sich ökonomisches Wachstum und Ressourcenverbrauch durch Effizienz- und Konsistenzmaßnahmen entkoppeln ließen. Ganz im Gegenteil gilt, dass Effizienz und Konsistenz die Umweltbelastungen nur dann senken werden, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst. 'Entkoppelung' kann es nach dieser Logik nicht geben.« (19) Konsequenterweise plädiert er deshalb für eine »Genügsamkeitsstrategie«. »Deshalb zielt eine Postwachstumsökonomie darauf, Expansionszwänge zu überwinden. Der wichtigste (zu überwindende Zwang, die Red.) besteht in einem Lebensstil, der vollständig von geldvermittelter und global arbeitsteiliger Fremdversorgung abhängig ist.« Eine »Überwindung der Wachstumslogik bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des bisherigen Wohlstands- und Versorgungsmodells ist undenkbar.« (20)

Diese Ansicht ist zumindest konsequent in ihrer Wachstumskritik. Sie ist dezidiert subjektorientiert und dabei konzentriert auf das Subjekt als Konsumenten. Das gesellschaftliche Subjekt als Produzent kommt ebenso wie die für die Gesellschaft grundlegende Kategorie der Arbeit, die schließlich den Reichtum schafft, in den bislang

behandelten Wachstumskritiken allerdings nicht vor.

### Mehr Wachstum, weniger Ungleichheit?

Kapitalismuskritiker, die das Wohl der Produzenten von gesellschaftlichem Reichtum als ihr Anliegen betonen, wenden sich gegen diese Formen von Gesellschaftskritik. Sie sehen wohl die ökologischen Probleme von Wachstum und die kulturellen Verwerfungen durch Konsumismus, verweisen aber darauf, dass diese durch ungleiche Verteilung gesellschaftlichen Reichtums hervorgerufen seien: »Die große Ungleichheit zwingt zu mehr Wachstum und behindert es zugleich. Erst durch mehr Wachstum wird eine effektive Stärkung der unteren Einkommensgruppen möglich, und weniger Ungleichheit reduziert schließlich die Notwendigkeit von Wachstum. Unklar ist freilich, ob die Umwelt so lange warten kann.« (21) Diese Position von gewerkschaftsnaher Seite scheint ihre Plausibilität aus der Logik des historisch gewachsenen Produktivitäts- und Wachstumspakts zwischen Lohnarbeit und Kapital zu gewinnen. Dieser konnte die soziale Frage im Ringen um die Verteilung des produzierten Mehrprodukts abfedern, schuf den gesellschaftlichen Konsens um Wachstum von Wirtschaft. (22) Die in diesem Prozess hergestellte und erhaltene, immer mehr oder minder fragile soziale Gerechtigkeit bildete das Fundament, auf dem sich freie demokratische Gesellschaften und die Emanzipation des Arbeiters zum Bürger entwickeln konnten.

Die Autoren des zitierten Papiers suggerieren unter Berufung auf Joseph Stiglitz und andere, dass gesellschaftliche Ungleichheit Kampf ums Wachstum nötig gemacht habe und weiter nötig mache. Nur – den Zwang zum Wachstum aus der ungleichen Verteilung des produzierten Mehrprodukts zu erklären, stellt Motive und Mechanismen des Produktivitätspaktes auf den Kopf. Denn dieser ist historisch politisches

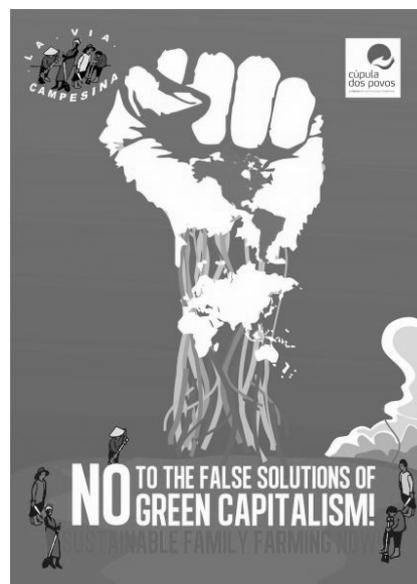
Resultat der inneren Logik des Kapitals und nicht umgekehrt.

Doch diese innere Logik des Kapitals scheint kaum einem der Wachstumskritiker bewusst. Man sorgt sich um die Zerstörung der Reproduktionsbedingungen von Mensch und Natur, blendet jedoch den grundlegenden Charakter, die »bestimmte Gestaltung des Verhältnisses der Menschen zur Natur und der Verhältnisse der Menschen untereinander« (23) aus. Gewiss, Kapitalismus ist auch Marktwirtschaft. Scherhorn und andere berufen sich hier gern auf Fernand Braudel. Doch Marktwirtschaft ist keine historisch eng eingrenzbare Verkehrsform von Geld, Kapital, Waren und Arbeitskräften, sondern bezeichnet, wie Braudel in seiner Untersuchung der Weltwirtschaft seit dem 15. Jahrhundert zeigt, eine allgemeine Form des Austauschs in einer Wirtschaft. (24) Die Organe, die Kapital in welcher Form auch immer anhäufen (akkumulieren), sind bestrebt die Marktwirtschaft, bei Braudel begriffen als Wettbewerbssektor, auszuschalten, Monopole zu bilden, Herrschaft auszuüben. Sie bedienen sich dabei in symbiotischer Einheit des Staates. Gleichzeitig, so Braudel, werden bei allen Verdrängungsbestrebungen kleine Betriebe der Marktwirtschaft benötigt und immer wieder neu geschaffen, die als Schmiermittel des »großen« Kapitalismus nötig sind. (25) Eindringen in nichtkapitalistische Milieus hat Rosa Luxemburg diesen Prozess genannt, unter den Begriff »Landnahme« wird er in Teilen der modernen Soziologie debattiert. (26)

Das Eigentümliche der Reproduktion unter kapitalistischen Verhältnissen liegt darin, dass ihr Zweck nicht der der Konsumtion, sondern der Wertproduktion ist. Was den Kapitalismus in seiner reifen Form ausmacht, ist nicht nur Monopolbildung im Produktions-, Finanz-, Banken- und Handelssektor, die Verflechtung zwischen Staat und Kapitalmacht, sondern liegt in der besonderen Form der Produktion verborgen. Es ist, seit der indus-

triellen Nutzung natürlicher Ressourcen, die ständige Revolutionierung der Ausbeutung von Arbeitskraft und von Natur durch Verwandlung beider in Waren sowie die Nutzbarmachung naturwissenschaftlichen Wissens in technischen Herstellungsprozessen. Die kapitalistische Produktionsweise ist charakterisiert durch Schrankenlosigkeit, Risikoeinsätze ohne Maß, Mitleid oder Vernunft. Wachstum wird nicht durch politischen Eingriff erzeugt, sondern wohnt der Logik der kapitalistischen Produktionsweise inne. Dass diese Logik in ihrem Kern irrational ist, weil sie die Gesetze der Thermodynamik ignoriert, denen wir unterliegen, macht die Beharrungskräfte des Kapitalismus und der ihn hegemonisierenden Wirtschaftspolitik nicht dynamischer.

Akkumulation wiederum ist kein mechanistischer Vorgang der Reichtumsanhäufung. Sie wird durch Arbeit in Gang gehalten und wirkt auf deren Träger zurück. Arbeit hat sich in einem jahrhundertelangen Kulturprozess »als Medium der Subjektbildung, als Prozess der Verinnerlichung von Arbeitsdisziplin, von Zeitökonomie, von Sparsamkeit, insgesamt für die Regulierung von Gefühlen, Affekten, Aggressionen« (27) herausgebildet. »Arbeit ist nicht nur etwas 'Ökonomisches', sondern das, was die geschichtlich-gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen – vielleicht nicht die ganze Wirklichkeit, aber doch wesentliche Momente von ihr ?



erst hervorbringt.« (28) Sie wird nun zunehmend ihres Gebrauchswerts beraubt, ihrer spezifischen schöpferischen, menschlichen Elemente. »In dem Maße, wie sich die Maschinensysteme immer weiter lebendige Qualifikationen der Subjekte aneignen, werden die Menschen zu einem existenziellen Problem für einen gesellschaftlichen Zustand, dessen ungeheure Produktivkraft auf die Einzelnen gar nicht mehr Rücksicht nehmen muss.« (29)

Arbeitsproduktivität, ein Begriff, der mit Fortschritt, Innovation, mit etwas Gutem assoziiert wird und tief in unserem kulturellen Selbstverständnis verankert ist, kehrt in ihren ökologischen und humanen Dimensionen zunehmend ihre negative Seite hervor – in kaum mehr zu kompensierender Belastung von Mensch, Natur, Umwelt. Diese Dimension steckt nicht nur im Abfall und Müll, sondern auch hinter den Beobachtungen von »isoliertem oder kompensatorischem Konsum«, hinter der berechtigten Klage vom Verlust der Zeit und Muße, hinter der Warnung, dass die Zivilisation Genuss und Glück verlernt, (30) hinter der Mahnung von Jacques Attali, dass sich Konsumfreiheit als einzige Form der Freiheit entwickelt, weil nicht mehr der Konsument die Ware kauft, sondern die Ware ihren Konsumenten.

### Wachstumskontrolle durch Gesellschaft

Gewiss hat Wachstum eine mythische Dimension, vielleicht auch »magische und parareligiöse Qualität«, doch bleibt es eine ökonomische Kategorie und wird nicht zu einer »zivilreligiösen« Dimension, der mit in einem weiteren Säkularisierungsprozess beizukommen ist. (31) An einer Entzauberung der Warenwelt, die solche Mythen oder Quasireligionen hervorbringt, muss gewiss gearbeitet werden. Doch scheint mir die Qualifizierung eines die gesellschaftliche Realität prägenden Zustands als transzendente Glaubensgestalt wenig hilfreich im Ringen um eine Änderung unserer

Natur- und Produktionsverhältnisse.

Die hier angerissenen politisch, ökonomisch, gewerkschaftlich oder kulturwissenschaftlich begründeten Wachstumskritiken haben alle ihre Wahrheiten und auch partiellen Handlungsalternativen, von denen Teile auch praktiziert werden. Doch wir werden nicht umhinkommen, die Begründungszusammenhänge von wachstumskritischer Politik präziser und tiefer zu erfassen, um eine Perspektive fundamentalen gesellschaftlichen Wandels entwickeln zu können.

Es erscheint sinnvoll, dabei an Überlegungen von Christoph Deutschmann in *Kommune 2/10* anzuknüpfen. Wenn ich es richtig sehe, gehen sie in die Richtung eines »Rückbaus [...] einer Rückkehr zu einem stationären Reproduktionsmodus von Wirtschaft und Gesellschaft«. (32) Deutschmann sieht den »Schlüssel einer Rückkehr aus der kapitalistischen Wachstumsexplosion« in einem »Rückbau des Warencharakters der Arbeitskraft und des Bodens«. (33) Ihm geht es darum, Natur und die Nutzung menschlicher Arbeit nicht über den Markt, sondern unter »bewusster Kontrolle der Gesellschaft« zu organisieren. Solche Gedanken korrespondieren durchaus mit Vorstellungen zum Gemeingut oder Praktiken einer Allmende, die bestimmte Bereiche der Gesellschaft dem Marktgeschehen und der Inwertsetzung entzieht. In peripheren gewerkschaftlichen Kreisen diskutierte Konzepte von moderner Wirtschaftsdemokratie gehören in solche Überlegungen ebenso integriert wie Fragen des bedingungslosen Grundeinkommens.

Fußnoten siehe unter:

<http://www.oeko-net.de/kommune/kommune-2010/kommune-05-10/aschyga.htm>

Aus: *Kommune, Forum für Politik, Ökonomie, Kultur* 5/2010



Montag, 10. September, 19.00  
Buntes Haus, Hann. Str. 30 f.

**Bedingungsloses Grundeinkommen - ein Weg in die Zukunft?**  
Arndt Neumann, Hamburg

Was ist das bedingungslose Grundeinkommen und warum zeigt es einen Weg aus der Krise der Arbeitsgesellschaft?

Dienstag, 11. September, 19.00  
VHS Celle, Trift 20 (Saal)

**Wieviel Erde braucht der Mensch - was taugt der Green New Deal?**  
Dr. Peter Schyga, Hannover

Wie kann das "Wachstumsdilemma" gelöst werden: nachhaltiges Wachstum oder radikale Umkehr, individuelles Sparen oder gesellschaftliche Kontrolle? Ist der "Green New Deal" ein Weg aus der ökologischen Krise?

Donnerstag, 13. September, 18.30  
VHS Celle, Trift 20 (Saal)

**Halbinseln gegen den Strom - anders leben und wirtschaften?**  
Dr. Friederike Habermann, Berlin

Gibt es neue Denk- und Handlungshorizonte jenseits kapitalistischer Verwertungslogik? Initiativen zur Selbstversorgung bilden kollektive "Räume" - seien es geographische oder virtuelle, in denen anderes Wirtschaften ermöglicht wird.

Freitag, 14. September, 19.00  
"Das Büro", Neustadt 52

**Syrien - und die kurdische Frage**  
Martin Dolzer, Hamburg

Zur Situation in Syrien und der auch damit verbundenen Frage nach der Zukunft der Kurd\_innen in Syrien und der ganzen Region referiert der Journalist Martin Dolzer, ein ausgewiesener Kenner der Konflikte im Nahen Osten.

## Gutes Leben mit Ecommony

Es sind Hunderte. Hunderte Taxis in der Schlange am Berliner Flughafen Tegel. Und Hunderte Menschen, die ihr Leben darin vergeuden, denn es wird ewig dauern, bis die letzten einen Fahrgast ergattert haben, um nach einigen Kilometern sich hier oder woanders wieder anzustellen. Ist das die Effizienz, ist das die Selbstverwirklichung im Kapitalismus?

Wer gerade nicht von Tegel fliegt, kann durch die Straßen bei sich um die Ecke bummeln und auf die sich stets wiederholenden Friseursalons, Apotheken, Drogerien oder Supermärkte achten – mit sich stets ausweitenden Öffnungszeiten selbstverständlich. Wenn im Kapitalismus Zeit als Geld gilt: Warum wird dann die Lebenszeit so vieler der hier Angestellten oder Kleinselfständigen aus dem Fenster geworfen?

Soweit meine Gedanken, wie sie mir in den Kopf kamen im Flugzeug. Nun aber befinde ich mich, zufällig sozusagen, gerade in Kuba und damit außerhalb der kapitalistischen Zone. Und es lässt sich nicht leugnen: Es ist hier sicherlich nicht besser bestellt, nicht mit Effizienz im Allgemeinen, aber auch nicht hinsichtlich der Verschwendung von Lebenszeit beim sogenannten Arbeiten, oder mit anderen Worten, beim Sich-die-Beine-in-den-Bauch-Stehen in Museen, Cafés, öffentlichen Aufzügen oder den Abgabestellen von Brot, Reis, Kaffee etc. gegen Lebensmittelkarten.

Der kubanische Staat zieht derzeit Konsequenzen: Er entlässt eine halbe Million öffentlich Angestellter, um, wie es im Neoliberalismus heißen würde, sich zu verschlanken. Dafür werden seit kurzem private Geschäfte erlaubt, vor allem die Anstellung von Beschäftigten dafür ist ein Novum im hiesigen Sozialismus. Und es drängt sich die Frage auf, wie viel von diesem übrigbleiben

wird. Und von dem entspannten, freundlichen Umgang der Menschen hier, die ohne Konkurrenz miteinander leben.

Allerdings nicht besonders selbstbestimmt. Wie sähe das Nationalmuseum aus, wenn die Frau im Lift und all jene Männer und Frauen, welche die Kunstwerke bewachen, Teil einer Kooperative (und damit eines basisdemokratischen Prozesses) wären, in der sie sich gegenseitig das Mitnehmen von Büchern erlauben oder ihre Arbeit für überflüssig erklären oder durch Technik ersetzen würden?

Doch ist auch die Bildung von Kooperativen langfristig keine Lösung: Immer noch Teil eines konkurrenzen, kapitalistischen Weltsystems, können sich die Menschen dessen Strukturen nicht entziehen. Franz Oppenheimer formulierte schon 1896 als Ergebnis einer Studie: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktionsgenossenschaft zu sein.“ (1896: 45)

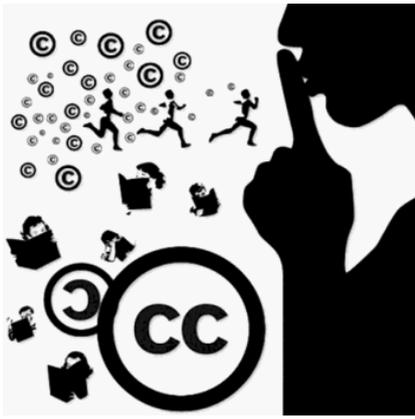
Was aber kann es geben statt einem mehr oder weniger neoliberalen bzw. sozial abgefederten, gar von Kooperativen durchgesetzten Kapitalismus auf der einen Seite und dem

sogenannten Realsozialismus auf der anderen? Dass es keine Alternative gäbe, die ein gutes Leben garantiere, hat nicht nur die neoliberale Ikone Margaret Thatcher behauptet, sondern dieser Glaube sitzt tief verankert im allgemeinen Alltagsverstand.

### Alternativen leben

Mögliche Koordinaten eines anderen Wirtschaftens können nicht ausgereift sein, denn eine andere Welt kann nicht am Schreibtisch erfunden werden. Der Weg muss erst erschaffen werden, indem wir „fragend voranschreiten“, wie es die indigene Bewegung der Zapatistas in Mexiko betont: Wir sind durch Jahrhunderte des Kapitalismus (Sexismus, Rassismus und anderen unerschönen „ismussen“) geformt und brauchen neue Erfahrungen für neue Erkenntnisse. Darum liegt die Utopie immer am Horizont, wie Eduardo Galeano es ausdrückt: Gehen wir vorwärts, so geht auch sie vor uns her und zeigt uns, was wir vorher uns gar nicht vorstellen konnten. Neue Denk- und Handlungshorizonte entstehen nur im Zusammenspiel von verändertem materiell-ökonomischem Alltag und sich verändernden Identitäten, denn eine Veränderung von Strukturen und von Menschen bedingen und ermöglichen sich erst gegenseitig.





Die Welt formt uns, und wir formen die Welt.

Statt einem Dogma werden gelebte Erfahrungen wichtig. Auch jene, die heute von vielen als problematisch angesehen werden – denn nur so werden Sackgassen erkennbar. So z.B. die Landkommunen der 1970er Jahre, deren Versuch, in Abgrenzung zur Gesellschaft das „Richtige im Falschen“ zu leben, sich gerade aus feministischer Sicht (auch in meiner eigenen Erfahrung) manchmal als Problem erwies, wenn sie sich auch von den gleichzeitigen Errungenschaften der Frauenbewegung isolierten. Oder in den 1980er Jahren die Gründung von kollektiven Betrieben, welche damit vielfach das „Oppenheimer Gesetz“ wiederholten.

In den 1990er Jahren boomten die Tauschringe. Sie beruhen darauf, dass Arbeit getauscht wird, und dies in eigens erfundenen Währungen – seien es Kreuzer, Taler oder Äppel. Auf diese Weise kann es keine Akkumulation von Kapital und keine Zinsen geben, doch persönliche Eigenschaften sind immer noch nur das Wert, was aus ihnen an Wert herausgeschlagen werden kann. Wer gerne Holz hackt, aber hierin unterdurchschnittlich produktiv ist, wird dafür nicht „eingestellt“. Eine weitere Erfahrung ist, dass Tauschringe zur Monetarisierung nachbarschaftlicher Austauschbeziehungen führen können: der Setzling, der sonst ohne Überlegen weitergereicht, die CD, die ausgeliehen wurde, oder zu gestatten, den Computer zu nutzen – all dies kann plötzlich in der lokalen Tauschwährung Geld kosten. Der Nachbarin

wird nicht geholfen (denn Verkaufsangebote sind keine Hilfe): obwohl der Setzling sonst auf den Kompost käme oder CD und Computer nicht verschwinden, wenn sie zwischendurch genutzt werden. Ressourcen bleiben also brach liegen.

### Ecommony

Dies ist einer der zentralen Ansatzpunkte neuer Projekte: Ressourcen so offen wie möglich allen zur Verfügung zu stellen – eine Art „open source“-Einstellung, ein „Alles für Alle“.

Solidarisches Wirtschaften bedeutet nicht, komplett „auszusteigen“. Menschen, die ihr eigenes alltägliches Leben als potentiell revolutionär begreifen, loten den eigenen Alltag nach Möglichkeiten von „dissidenten Praktiken“ (Carola Möller) aus. In diesem Sinne ergaben sich in meinem Buch „Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften“ (2009) <sup>[3]</sup> über Ansätze alternativen Wirtschaftens im deutschsprachigen Gebiet sämtliche Bereiche der Ökonomie: Nahrungsmittel, Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität etc. Über das Buch hinaus lassen sich bei den jüngeren Ansätzen ganz ähnliche Charakteristika feststellen, z.B. bei der „commons-based peer production“, wie sie von Yochai Benkler für die Entstehung freier Software definiert wurde. Da diese Ansätze aber alle Lebensbereiche zu umfassen imstande sind, möchte ich von „Ecommony“ sprechen. Deren Prinzipien stellen kein geschlossenes Modell oder einen Plan dar, dem es nachzufolgen gilt, doch stellen sie derzeit offensichtlich Koordinaten für eine politische Praxis dar. Sie lauten:

#### \* *Besitz statt Eigentum*

Wichtigstes Prinzip bei den Commons ist, Besitz und Eigentum zu unterscheiden. Etwas wird besessen, solange es aktiv benutzt wird. Eigentum aber kann verkauft werden. Die Unterscheidung findet sich auch im Bürgerlichen Gesetzbuch: Der Vermieterin gehört (eigentlich

„eignet“) die Wohnung, der Mieter besitzt sie. „Kann einem Mensch seine eigene Mutter gehören?“ fragten in einer Erklärung zu einem Abkommen der WTO indigene Gemeinschaften mit Bezug zur „Pachamama“, der „Mutter Erde“, rhetorisch. Ein Offener Platz, wie in den „Halbinseln“ der Kiefernhalbinsel, der ohne Zugangsbeschränkungen für jede und jeden offen ist, versucht umzusetzen, dass nicht das Eigentums-, sondern lediglich das Besitzverhältnis zählt.

Jenseits des Wohnens findet sich dies auch im gesellschaftlichen Alltag. Parks oder Marktplätze entsprechen dem Commonsgedanken – noch meistens, doch immer häufiger muss für den Eintritt in einen Park bezahlt werden. Mit Commons gesehen bricht es einer das Herz, wenn am Eingang ein altes Pärchen die Wächter bittet, einige Schritte hineingehen zu dürfen, um wenigstens Fotos zu machen.

Reine öffentliche, also nicht-rivale Güter, wie die hierfür vielzitierten Deiche und Leuchttürme, aber auch Radio- und Fernsehsender oder natürlich Software sind eigentlich Commons par excellence. Aber auch die sogenannten unreinen öffentlichen Güter, bei denen zwar niemand ausgeschlossen ist, jedoch eine „Rivalität im Konsum“ besteht sind hierfür geeignet: Straßen und Wege, Wasserver- und Entsorgung oder allgemein jede Art öffentlicher Verkehrsmittel und Infrastruktur. Während all diese Güter im gegenwärtigen System teilweise unentgeltlich, teilweise nur gegen Gebühren erhältlich sind, wären sie als Commons grundsätzlich für alle nutzbar.

„Besitz statt Eigentum“ kann sich aber auch auf Gegenstände beziehen, beispielsweise Bücher. Wer hat sich nicht schon einmal ein Buch von einer Freundin geliehen oder umgekehrt eines an einen Freund verborgt? (Und warum ist dies, im Gegensatz zur weitergegebenen Software, eigentlich nicht verboten?) In den meisten Projekten, sogar schon in einigen Wohngemeinschaften, finden sich kleine Biblio-

theken. Doch nicht nur dort: Öffentliche Bücherschränke, mal aus Holz, mal in Form zweckentfremdeter Telefonzellen oder Verteilerkästen, aus denen genommen und in die auch Bücher gestellt werden können, existieren inzwischen in vielen deutschen und österreichischen Städten.

Das Gleiche gilt für Werkzeuge, wenn diese natürlich auch eher in einem überschaubaren Rahmen genutzt werden, da sie anders als ein Buch nicht irgendwann für die jeweilige Nutzerin „ausgebraucht“ sind. In sicher den allermeisten Projekten werden Werkzeuge gemeinschaftlich genutzt. Darüber hinaus finden sich auch Offene, also für alle nutzbare, Werkstätten, sei es zur Holz- oder Metallbearbeitung, zum Fahrrad-Bauen und -Reparieren oder zum Nähen.

Auch Nutzungsgemeinschaften tauschen in diesem Sinne unentgeltlich und ohne direkte Tauschlogik aus. „NutziGems“ basieren auf dem Prinzip, dass nicht alle alles besitzen müssen, nur um es ab und zu gebrauchen zu können. Dies können Gegenstände sein oder auch Fertigkeiten und Wissen – kurz: Ressourcen.

Aber auch die über vierzig Umsonstläden in Deutschland und Österreich können, obwohl auch manchmal Schenkkläden genannt, gerade nicht als Orte des Schenkens verstanden werden, wo Dinge von Privateigentum in Privateigentum übergehen, sondern als Orte, wohin Dinge gebracht werden, die aus dem eigenen Besitz gefallen sind, da sie nicht mehr benutzt werden. Auf diesem Gedanken aufbauend bestehen auch Überlegungen innerhalb des Arbeitskreises Lokale Ökonomie, der hinter dem Hamburger Umsonstladen steht, Regale als „freie Hardware“ zu bauen, die als Dauerleihgaben vergeben werden.

Aber nicht erst für die fertigen Produkte, sondern auch für Produktionsmittel soll das Prinzip „Besitz statt Eigentum“ gelten. Alles andere macht in einem System ohne Geld auch gar keinen Sinn.

Kann sich der Commons-Gedanke aber auch auf das rivalste Gut überhaupt beziehen, das Essen? Ja, wenn das Prinzip weitergedacht wird: Wenn Essen allen zur Verfügung gestellt wird, bis alle satt sind, ohne dass jemand für sich private Vorräte anhäuft, kann immer noch vom Commonsprinzip gesprochen werden.

Das hat natürlich Grenzen, trotz der Tatsachen, dass zum einen heute mehr als das Doppelte der Weltbevölkerung ernährt werden könnte und dass zum anderen das Phänomen Hunger als konstante Erscheinung wesentlich mit der Existenz des Kapitalismus verbunden ist. Und damit sind wir beim nächsten Prinzip.

#### \* *Teile, was du kannst*

Gerade machst Du Dich mit Deinem/r Partner\_in zu einem romantischen Restaurantbesuch fertig, da klopft es an der Wohnungstür: „Ich ziehe hier ein“, verkündet der unangemeldete Besucher, „mir gefällt die Lage so gut. Ach, und den geilen Pullover, den du anhast, hätte morgen gerne ich. Wasch ihn später doch bitte kurz durch und leg ihn mir hin. Und wer ist das da?“

Keine Angst – dies ist keine Commons-Vision. Denn Pullover und Wohnung sind in Deinem Besitz, und bleiben Dir unbenommen, solange Du sie in Gebrauch hast – und daran ändert sich auch nichts, wenn die Wohnung verlassen wird oder der Pullover die meiste Zeit im Schrank liegt. Ob der/die Partner\_in ebenfalls bei dir bleibt, kann aber natürlich nur diese/r selbst entscheiden.

Wenn ich aber bei einer Diskussion über Anders Wirtschaften höre, es sei ja sowieso nicht möglich, dass die meisten Wünsche der Menschen erfüllt würden, denn es gäbe nun mal nur sehr begrenzt Häuser direkt am See, dann frage ich mich schon, was gemeint ist: Wollen wirklich alle Menschen irgendwo am See wohnen, oder geht es vorwiegend um das Feriendomizil? Wahrscheinlich doch eher letzteres. (Mal abgesehen davon, dass einige sowieso

lieber in die Berge, die nächsten ins Warme und wieder die nächsten das Nächste wollen.) In diesem Fall aber wird das Haus vermutlich maximal jeweils einige Wochen im Jahr benötigt – und es ließe sich wunderbar leicht nach dem Commons-Prinzip aufteilen. Aber wie jede andere persönliche Entscheidung wird auch diese kulturell geprägt und damit wird verschieden sein, was als akzeptabel gilt, und dies wird wiederum stark von den vorhandenen Ressourcen abhängen – gibt es genug Platz für alle, sodass alle ein Haus haben können oder nur eine Wohnung oder vielleicht nur ein Zimmer?

In der freien Softwareproduktion findet sich das Prinzip *Share what you can* als „Teile, was Du hast und nicht brauchst“ aufgeteilt in vier Formen:

- parallele Nutzung (zum Beispiel eines Internetzuganges);
- serielle Nutzung, also nacheinander (in diesem Sprachgebrauch wären die Regale des AK Lök „Perma-Floater“);
- gemeinschaftlich organisierte Sammlungen (z.B. Wikipedia oder Bücher);
- Orte der offenen Produktion (entweder im Netz, wie gemeinschaftliches Designen oder in offenen Produktionsstätten, egal ob mit *Fabbern* ausgerüstet oder mit Hobelbank).

„Teile, was Du kannst“, hat aber neben dieser noch zwei weitere Bedeutungen: „Teile, was Du weißt“ sowie „Teile, was Du tust oder tun möchtest“. Neben Dingen sind also auch Fähigkeiten und Tätigkeiten gemeint. Das Teilen von Fähigkeiten („*skill-sharing*“) beziehungsweise von Wissen hat ja die schöne Eigenschaft, sich dadurch zu vermehren. Und wer sich durch Bildung nicht im Konkurrenzkampf behaupten muss, kann genießen, mit anderen zusammen, welche dieselben Fähigkeiten besitzen, die eigenen noch besser nutzen zu können. Das Teilen von Tätigkeiten aber geht wiederum über in das nächste Prinzip.

### \* *Beitragen statt Tauschen*

Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wie dies in einem Tauschring immer noch der Fall ist, wird aus einem Bedürfnis heraus aktiv gehandelt. Natürlich fallen auch Sorgetätigkeiten hierunter, denn die Unterscheidung zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten (ebenso wie die Abgrenzung zu Dienstleistungen) wird obsolet. Und damit einer alten feministischen Forderung gerecht.

Im Kapitalismus werden solche Tätigkeiten als „Arbeit“ vollbracht. Überwindung der Entfremdung und damit von „Arbeit“ kann nur erreicht werden „durch die Organisation des sinnvollen Einsatzes von gemeinsamen Möglichkeiten, die durch keine ‚unsichtbare Hand‘ automatisch gesteuert werden, sondern durch bewusstes gesellschaftliches Handeln“ (krisis 1999).

Bevor weiter auf die gesellschaftliche Organisation mit Hilfe dieses Prinzips eingegangen wird, schnell noch die letzten, in die wiederum nahtlos übergegangen wird.

### \* *Freiwilligkeit / Freie Kooperation / Offenheit*

Freiwilligkeit ist das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet. Freie Kooperation beinhaltet „forks“ – die Trennung der Projekte mit möglichst geringen „Kosten“ für beide Seiten, statt des Zwanges, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zusammenstreiten zu müssen. Und es bedeutet wiederum die Offenheit, bei der gilt: Alles für alle.

### **Ecommony und Peerökonomie**

„Beitragen statt Tauschen“: So heißt auch das Buch von Christian Siefkes über seinen Ansatz der „Peerökonomie“, womit er die Prinzipien der freien Softwareproduktion auf die materielle Produktion einer Gesellschaft überträgt. Konkret stellt er Möglichkeiten dar, wie durch die Anmeldung von Bedarf Bedürfnisse erkannt und durch das Ableisten „gewichteter Arbeitsstunden“ erfüllt werden. Durch ein Auf-

gabenversteigerungssystem wird die Popularität einer Aufgabe gewichtet: Wenn sich mehr Freiwillige melden als nötig, wird das Arbeitsgewicht gesenkt, wenn es nicht genug Freiwillige gibt, wird es erhöht. Zwar entspricht dies letztlich wieder einer Tauschlogik, doch kann darin eine Möglichkeit für Skeptiker\_innen gesehen werden, die oben genannten Prinzipien zu bejahen, ohne in Angst davor, dass es keine Verpflichtung zur Arbeit mehr gäbe, sie gleich ganz zu negieren. Peerökonomie wäre in diesem Sinne quasi der Sozialismus vor der kommunistischen Ecommony.

Für Skeptiker\_innen sei hier also nicht verraten, dass auch Siefkes die damit verbundene Tauschlogik inzwischen für unnötig hält (vgl. Siefkes 2010). „Wie aber kann eine komplexe Gesellschaft entlang des Prinzips des bedingungslosen Gebens funktionieren?“, fragt Veronika Bennholdt-Thomsen und antwortet selbst: „Sicher ist, dass Gesellschaft Jahrtausendlang nach diesem Prinzip funktioniert hat.“ (2010: 50) Bereits in der Struktur des Tausches stecke im Keim die Angst vor der Knappheit, die schließlich zum Ausgangspunkt der modernen Ökonomie geworden ist. Der Tausch werde stets von der Beruhigung begleitet: „Bekomme ich auch genug zurück?“. Gesellschaften hingegen, deren materielle Kommunikation dem Prinzip des Gebens folge, gingen von der Fülle aus. Die Gaben stünden allen gleichermaßen zur Verfügung. Die Gesellschaftsmitglieder machten davon gemäß den vielfältigen unterschiedlichen Bedürfnissen Gebrauch. Es brauche kein abstraktes, gemeinsames Maß; die Gleichheit müsse nicht erst (wieder) hergestellt werden.

Ohne in einem Widerspruch zu stehen, ist Ecommony nicht mit Christian Siefkes Entwurf der Peerökonomie gleichzusetzen. Während sich seine Beschreibungen auf das Durchspielen bestimmter Aushandlungsprozesse in einer utopischen Gesellschaft konzentriert, geht es bei der Ecommony darum, sich ihre Prinzipien bewusst zu machen und

sie im Hier und Jetzt mitzudenken. Die Welt durch diese Prinzipien der Ecommony zu sehen, eröffnet neue Verhaltensweisen, im Alltag ebenso wie in der politischen Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Ressourcenverteilung und Produktionsweise. Und es entlarvt so manches uns Alltägliche als absurd, unnötiges Leiden – sei es im Kapitalismus oder in den existierenden Formen von Sozialismus.

### **Literatur**

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): Geld oder Leben: Was uns wirklich reich macht.

Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag.

Gruppe krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit, [www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit](http://www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit) (20.12.2010).

Oppenheimer, Franz (1896): Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kapitalismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage.

Siefkes, Christian (2008): Beitragen statt tauschen: Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software sowie (2010): [www.keimform.de/2010/selbstorganisierte-fuelle](http://www.keimform.de/2010/selbstorganisierte-fuelle).

aus: Streifzüge - Magazinierte Transformationslust, Nr. 51/2011; siehe unter: <http://www.streifzuege.org/>



## Wege ins Paradies?

Bei der Bildungswoche des Rosa-Luxemburg-Clubs wird der Hamburger Historiker Arndt Neumann zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« (BGE) referieren. Neumann, Jahrgang 1978, arbeitet über soziale Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre. Neben seiner Arbeit als Historiker beschäftigt er sich als Aktivist bei Euromayday Hamburg mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen. Von ihm ist in der edition nautilus der Band »Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management« erschienen. In einem Interview beantwortete er einige Fragen zum BGE.

??: *Es gibt ja einige Modelle, die in der öffentlichen Diskussion als »Grundeinkommen« gehandelt werden? Kannst Du kurz die Grundelemente des »Bedingungslosen Grundeinkommens« (BGE) beschreiben?*

!!: Zentrales Ziel des bedingungslosen Grundeinkommens ist die Entkoppelung von Lohnarbeit und Einkommen. Auch ohne Lohnarbeit soll ein menschenwürdiges Leben möglich sein. Damit dieses Ziel auch wirklich erreicht werden kann, hat das »Netzwerk Grundeinkommen« vier grundlegende Kriterien festgehalten: (1) individueller Rechtsanspruch, (2) keine Bedürftigkeitsprüfung, (3) kein Arbeitszwang, (4) in einer Höhe, die die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Kurz gesagt: Das bedingungslose Grundeinkommen ist das Gegenteil von Hartz IV.

??: *Worin unterscheidet sich dann das BGE von Modellen wie dem Konzept der »Solidarischen Bürgergeldes« des früheren thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus?*

!!: Schon in den 1960ern hat sich der Vordenker des Neoliberalismus Milton Friedmann für das Konzept einer negativen Einkommenssteuer eingesetzt. Unter einer bestimmten Einkommensschwelle sollten die Bürger keine Steuern mehr bezahlen, sondern im Gegenteil Geld von den Steuerämtern erhalten. Diese negative Einkommenssteuer sollte alle anderen Sozialleistungen ablösen. In dieser Tradition steht heute auch Dieter Althaus.

Dabei sind die Grenzen zwischen negativer Einkommenssteuer und bedingungslosen Grundeinkommen alles andere als trennscharf. Der Unterschied liegt vor allem in der Höhe des ausgezahlten Mindesteinkommens. Die neoliberalen Konzepte setzten dieses möglichst gering an, um einen möglichst hohen Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. An die Stelle des staatlichen Zwanges soll der ökonomische Zwang zur Arbeit treten. Demgegenüber treten linke Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens für möglichst hohe Zahlungen ein.

??: *Wo lässt sich eigentlich die Entstehung der Idee des BGE in Deutschland verorten? Wo liegen die Ursprünge?*

!!: Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hat viele Vorläufer. Entscheidend für heute sind jedoch die Debatten, die in den 1980ern in Westeuropa angesichts der Krise des industriellen Kapitalismus geführt worden sind. Im Mittelpunkt standen dabei die widersprüchlichen Auswirkungen der Automatisierung der Industriearbeit. Gerade weil die gesellschaftliche Teilha-



be an Lohnarbeit gebunden war, führten die mit der mikroelektronischen Revolution verbundenen gewaltigen Produktivitätssteigerungen nicht in das »Reich der Freiheit«, sondern zu Massenarbeitslosigkeit und Verarmung. Mit der Entkoppelung von Lohnarbeit und Einkommen sollte die menschenleere Fabrik ihren Schrecken verlieren und eine Gesellschaft ermöglicht werden, die nicht länger auf dem Zwang zur Lohnarbeit, sondern auf selbstbestimmter Tätigkeit beruhte. Nicht ohne Grund trug eines der wichtigsten Bücher der damaligen Debatte, das von André Gorz verfasst wurde, den Titel »Wege ins Paradies«.

??: *Wir haben jetzt an der Spitze einer im Bundestag vertretenen Partei, nämlich der Linken, mit Katja Kipping eine ausdrückliche Befürworterin des BGE, während ihr Ko-Vorsitzender Bernd Rixinger in dieser Frage eher eine Position der Gewerkschaftsmehrheit vertritt, d.h. dem BGE sehr skeptisch gegenübersteht. Was ist eigentlich die Kritik der Gewerkschaftsmehrheit am BGE?*

!!: Für die Gewerkschaften ist gesellschaftliche Teilhabe nur über Lohnarbeit denkbar. Daran hat sich trotz der Krise der Arbeitsgesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten nichts geändert. Alle gewerkschaftlichen Forderungen, vom Mindestlohn, über staatliche Beschäftigungsprogramme bis hin zu Arbeitszeitverkürzung, zielen letztendlich auf Vollbeschäftigung. All denen, die heute

arbeitslos oder prekär beschäftigt sind, soll durch gerecht bezahlte Lohnarbeit ein würdiges Leben ermöglicht werden.

Aber gerade weil Vollbeschäftigung nicht in Sicht ist, werden die Gewerkschaften immer mehr zu Gewerkschaften der Kernbelegschaften und damit eines immer kleiner werdenden Teils der Gesellschaft. Eine Gewerkschaft der Arbeitslosen, Praktikanten, Teilzeitbeschäftigten und prekären Selbstständigen würde für ein bedingungsloses Grundeinkommen eintreten.

?: *In Diskussionen, die wir so im Umfeld des Rosa-Luxemburg-Clubs führen, gibt es Skepsis gegenüber dem BGE – unabhängig von der Durchsetzbarkeit – vor allem in folgenden Richtungen: »Warum soll das denn für alle gelten, die Reichen haben das doch nicht nötig«. »Dann macht doch niemand mehr die Knochenarbeit«. »Dafür ist doch gar nicht das Geld da.« Was sagst du dazu?*

!:

Zu den Reichen: Natürlich brauchen Millionäre kein bedingungsloses Grundeinkommen. Aber nur wenn das Geld an alle ausgezahlt wird, kann auf eine Bedürftigkeitsprüfung und damit auf entwürdigende Kontrollen und Schnüffeleien wie bei Hartz IV verzichtet werden.

Zu den Knochenjobs: Wenn es keinen staatlichen und ökonomischen Zwang zur Arbeit mehr gibt, dann müssen eben andere Anreize geschaffen werden, zum Beispiel durch hohe Löhne. Und diese hohen Löhne würden wiederum den Anreiz erhöhen, die Knochenjobs zu automatisieren.

Zum Geld: Armut beruht in dieser Gesellschaft nicht auf einem grundsätzlichen Mangel, sondern auf der ungleichen Verteilung des Reichtums. Ohne höhere Steuern für Besserverdienende wird es kein bedingungsloses Grundeinkommen in angemessener Höhe geben. Aber das ist ja nicht unbedingt das Problem.

?: *Lass uns noch kurz über Fragen von Durchsetzbarkeit des BGE sprechen. Welche Bedingungen und Voraussetzungen braucht es aus deiner Sicht, um eine politische und gesellschaftliche Situation zu haben, die das BGE mehrheitsfähig macht?*

!:

Um grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen, braucht es starke sozialen Bewegungen und breite gesellschaftliche Allianzen. Schon jetzt reicht die Bandbreite der Befürworter von der globalisierungskritischen Bewegung, über die Piratenpartei bis hin zu dem anthroposophischen Unternehmer Götz Werner. Aber nur in Verbindung mit alltäglichen Kämpfen von Erwerbslosen, Prekären und Kreativen kann das bedingungslose Grundeinkommen tatsächlich zu einer realpolitischen Forderung werden.

# Wie wollen wir leben?

Einladung zum Gespräch über den Klimawandel und seine Folgen. Wie können wir beitragen zu Veränderungen in unserer Lebensumwelt? Was passiert, wenn wir beginnen, Dinge anders zu machen - z.B. unsere Ernährung umstellen oder unsere Autos abschaffen - und geht das überhaupt? Ich möchte gemeinsam mit Ihnen beginnen, Geschichten zu erzählen und Visionen zu entwickeln, die uns dann vielleicht Ansporn sein werden, Veränderungen in unserem Alltag einzugehen.

## Ökologischer Fußabdruck

Am ersten Abend geht es um unseren Ressourcen- und Energieverbrauch. Wie können wir unseren individuellen CO2-Verbrauch senken?

Montag, 15.10.2012, 20 Uhr

## Mobilität

Zu Fuß gehen, Fahrrad fahren - wie soll das gehen im ländlichen Raum wie der Region Celle? Was muss geschehen, damit wir in Lachendorf auf ein Auto verzichten können oder in der Stadt mit dem Bus fahren?

Montag, 26.11.2012, 20 Uhr

## Ernährung

Lebensmittel regional und saisonal einkaufen? Welchen Einfluss können wir als KonsumentenInnen nehmen in einer Umgebung, in der Fleisch und Fast-Food aus dem Alltag kaum wegzudenken sind?

Montag, 14.01.2013, 20 Uhr

## Kleidung und Konsum

Wo kommt unsere Kleidung her oder wer produziert unter welchen Bedingungen das neue Handy? Wie kommen wir zu einem bewussteren Umgang mit unseren Konsummöglichkeiten?

Montag, 25.02.2013, 20 Uhr

Leitung: Cornelia Döllermann-Nölting  
Familienbildungsstätte, Fritzenwiese 9  
Raumpauschale jeweils € 1,- p.P.

## „Stolze Deutsche“

Freek Huisken, pensionierter Professor der Universität Bremen, hat ein Buch veröffentlicht unter dem Titel »Der demokratische Schoß ist fruchtbar – Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus«. Hart, aber stets untermauert von Argumenten, kritisiert er die verschiedenen Abteilungen des Antifaschismus. Viele werden sich erheblich provoziert fühlen. Leute, die ihre Positionen oder Argumente prüfen wollen, werden hier einiges lernen können. Anstrengend ist manchmal seine Schreibe, er kommt gänzlich ohne Bilder oder Graphiken aus; ein hoffnungsloser Optimist des vernunftgeleiteten, geschriebenen Wortes. Wunderbar sind seine Polemiken gegen Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit oder den »Antikapitalismus« der Neofaschisten.

„Verfassungsschutz, Bundeszentrale für politische Bildung, viele der Volksparteien, aber auch Gewerkschaften und einige Antifa-Bündnisse stellen bei ihrem Kampf gegen Neonazis deren Kleidung vor, decodieren Zahlencodes und benennen rechtsextreme Musiklabels. Es wird enttarnt, was sie offen zeigen, wenn sie sich präsentieren. Diese Art der ‚Auseinandersetzung lebt von der Vorstellung, Jugendliche würden sich abwenden, wenn sie nur erkennen würden, wie Neonazis sich kleiden und welche Mucke sie hören.“ Dies ist Huisken entschieden zu wenig. Anscheinend seien viele Neonazigegner „so sehr von der antifaschistischen Gesinnung des demokratisch erzogenen Volkes überzeugt, dass sie sich darüber glatt jedes Argument gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus ersparen.“

Faktisch allen Antifaschist\_innen wirft er vor, sich zu wenig mit den politischen Inhalten und Positionen der Neofaschist\_innen auseinanderzusetzen. Neonazis „sind vor allem enttäuschte Nationalisten, die die Verschwendung nationaler Ressourcen durch ‚undeutsche‘ Unternehmenspolitik anprangern“. Also muss man sich mit dem Nationalismus auseinandersetzen. Huisken hält Demokraten aller Couleur - so eine seiner zentralen Thesen - vor, Neofaschisten nicht kritisieren zu können bzw. zu wollen: „entdecken sie doch bei der unerwünschten Konkurrenz Einvernehmen mit dem eigenen höchsten politischen Ziel; dem Erfolg der Nation, um Deutschland ökonomisch und politisch voran zu bringen.“ Oder anders ausgedrückt: „Demokraten sind deswegen nicht in der Lage, den Faschismus zu kritisieren, weil sie natürlich nichts von dem kritikabel finden, was zu ihren eigenen gesellschaftlichen Grundlagen gehört: der Patriotismus ihrer Bürger, eine ganz dem nationalen Erfolg verpflichtete Wirtschaft, ein zur politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Ressource zugerichtetes Staatsvolk und auch ein völkisches Bewusstsein ihrer Bürger, das sie im Volk nach Deutschen 1. Klasse und Deutschen 2. Klasse, den Bürgern mit Migrationshintergrund, sortieren lässt.“ Kein Wunder, so Huisken, dass vielen Demokraten „außer einer Neuauflage der juristischen Kriminalisierung der NPD und verstärkt auch ihres Umfeldes nicht viel einfällt.“

Hart geht er auch mit linken AntiFas ins Gericht. Sie würden sich oftmals nur als bessere Demokraten aufspielen, als Sachwalter eines angeblich antifaschistischen Vermächtnisses dieser Republik. Er rät ihnen, sich zu entscheiden: „Entweder beschließen sie, als die letzten Überlebenden und Personifikationen der berechnend eingeführten Nachkriegsstaatsräson weiterzumachen, dann müssen sie in Deutschland alte und neue Nazis jagen,

auch wenn regierende Demokraten längst dabei sind, Hitlers Visionen von deutscher Größe und Weltgeltung per Weltmarkteroberung überzuerfüllen. Dann aber behindern sie als Parteigänger der wahren Demokratie zugleich die Kampfansage an den Grund des Faschismus. Oder sie beginnen wirklich einmal damit, nach den Wurzeln des ‚Nazismus‘ zu fragen. Dafür müssen sie sich jedoch von der Vorstellung lösen, dass ein deutscher Staat, in welchem Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus verwurzelt ist, kein demokratischer sein kann.“

Kapitalismus, die Ökonomie der Profitmacherei, gibt es in verschiedenen Herrschaftsformen: als faschistisch regierter Staat oder als demokratisch, parlamentarischer Staat (oder auch als Monarchie oder Militärdiktatur, d.V.). Freek Huisken schreibt als Fazit: „Nicht dass sich der Kampf gegen den Faschismus nicht gehören würde. Doch erledigt sich diese Variante nationalradikaler bürgerlicher Herrschaft von selbst, wenn es gelingt, dem herrschenden demokratischen Nationalismus, mithin der Grundlage der Demokratiekritik der enttäuschten Nationalisten, erfolgreich den Kampf anzusagen. Es geht folglich um nichts anderes als darum, die Parteilichkeit großer Volksteile für den demokratisch regierten kapitalistischen Staat, für die es nur schlechte Gründe gibt, also ihren Nationalismus zu kritisieren. Wo der demokratischen Herrschaft die nationalistische Zustimmung durch das Volk entzogen wird, auf der diese Herrschaft ihr Regieren aufbaut, da ergibt es sich ganz nebenbei, als Kollateralergebnis sozusagen, dass auch dem Faschismus sein Fundament



entzogen wird.“

Nichts einfacher als das!? Und manche/r Antifa schist\_innen versuchen auch, in diese Richtung zu wirken – seit einiger Zeit und dem Erfolg, wie er nun mal ist. Ob und wie man faschistischen Aufmärschen und Treffpunkten der Nazis entgegengetreten soll, dazu äußert sich Huisken nicht. Auch die Erörterung von antifaschistischen Bündnissen ist nicht sein Ding. Frei nach Max Horkheimer möchte man sagen, dass derjenige, der vom (demokratischen) Nationalismus nicht reden möchte, auch vom Faschismus schweigen möge.

Die Tageszeitung »Junge Welt« schreibt: „ein Standartwerk“, „das in das Bücherregal jedes Antifaschisten gehört.“ Die »Endstation Rechts« spricht von „dogmatisch“, „rigider Tonfall“ und „elitärem Zynismus“. Die »sozial net« (online) sieht ein „höchst empfehlenswertes Buch“, das zudem im letzten Kapitel „gute Argumentationshilfen“ gegen gängige, faschistische Parolen liefert.

Freek Huisken: Der demokratische Schoß ist fruchtbar ... Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus, 232 Seiten, ISBN 978-3-89965-484-4, EUR 14.80



## Kino 8 1/2 im Sept./Okt.

jeweils Freitag  
und Samstag  
um 20.30 Uhr



31. August und 01. September

### MY WEEK WITH MARILYN

Bei den Dreharbeiten zum Kinofilm "Der Prinz und die Tänzerin" (1957) sucht die Hauptdarstellerin Marilyn Monroe die Nähe des dritten Regieassistenten. Für den unerfahrenen jungen Mann werden die Wochen mit dem Star zum Höhepunkt seines Lebens. Der Film entwickelt eine Anekdote aus einer weit größeren Geschichte als zarte Liebesgeschichte, die freilich die Schattenseiten von Monroes Leben nicht ausspart. Eindrucksvoll sind dabei vor allem die Darsteller, vor allem Michelle Williams, die Marilyn Monroe als Person konkret macht, ohne ihre öffentliche Persona zu demontieren.

England 2012, Kinostart 19. April 2012, 104 Minuten

07. und 08. September

### WORK HARD - PLAY HARD

Hellsichtiger Dokumentarfilm über die schleichenden Veränderungen in der Arbeitswelt, die im Gefolge der Digitalisierung und unter dem Vorzeichen flacher Hierarchien zum Verlust der Privatsphäre und einer Nivellierung der Grenze zwischen Arbeit und Freizeit tendieren. Mit analytischer Schärfe, aber ohne wertenden Kommentar beschreibt der visuell bestechende Film, wie sich moderne Büroarchitektur, Managementmoden und Personalführung in der Leitidee einer permanenten Selbstoptimierung vereinen. Eine bedrängende Innenperspektive auf die New Economy und ihre immer raffinierteren Methoden, die "Humane Resources" auszubeuten.

Deutschland 2011, Kinostart 12. April 2012, 94 Minute



14. und 15. September

### VÄTER UND ANDERE KATASTROPHEN

Ein Großindustrieller entdeckt nach dem Tod seiner Frau, dass er aus einer Affäre eine Tochter hat. Auf der Suche nach ihr trifft er auf ihren arbeitslosen Ziehvater, mit dem die Tochter gebrochen hat. Gemeinsam machen sich die ungleichen Männer auf zu ihrer Hochzeit mit einem reichen Ex-Tennisprofi, bei der der Großindustrielle den Brautvater mimt, ohne dass Tochter und Ziehvater seine wahre Identität kennen. Die elegant inszenierte, von einem spielfreudigen Ensemble getragene Boulevardkomödie hält geschickt die Balance zwischen Humor und Gefühl, wobei sie unaufdringlich ernste Töne ins temporeiche Spiel einstreut.

Frankreich 2011, Kinostart: 3. Mai 2012, 102 Minuten

21. und 22. September

### MONSIEUR LAZHAR

Ein aus Algerien stammender Mittfünfziger springt in einer Grundschule als Ersatzlehrer ein, nachdem eine Lehrerin Selbstmord begangen hat. Der Mann übernimmt deren Klasse und merkt, dass seine Auffassungen von Lehrstoff und -methoden nicht mit dem in der Schule Üblichen zusammenpassen. Zudem steht das Trauma im Raum, das der Freitod ihrer Lehrerin für die Kinder, speziell für einen Jungen und ein Mädchen, bedeutet. Wunderbar beiläufig und nüchtern beobachtet der Film den schwierigen Annäherungsprozess eines Lehrers an seine Klasse und sein Kollegium sowie die Verarbeitung drastischer Verlusterfahrungen. Seine Spannung bezieht er aus einer ebenso sensiblen wie dramaturgisch geschickten Ausleuchtung seiner Figuren, in deren Geschichten der Zuschauer nur nach und nach einen Einblick erhält.

Kanada 2011, Kinostart 12. April 2012, 94 Minuten

28. und 29. September

### LACHSFISCHEN IM JEMEN

Ein jemenitischer Scheich will Lachse züchten. Seine britische Agentin kontaktiert einen Experten des staatlichen Fischerei-Institut. Auch die Pressechefin des britischen Premierministers mischt mit, weil sie mit einer Story über die völkerverständigende Kraft von Fischen neue Wählerstimmen erschließen will. Unterhaltsame romantische Komödie, die aus dem absurden Stoff einen schwungvollen Film mit trockenen Pointen macht.

England 2011, Kinostart 17. Mai 2012, 108 Minuten

OKTOBER

05.10.: AI WEIWEI: NEVER SORRY

06.10.: THE ARTIST

12./13.10: DER SCHNEE AM KILIMANDSCHARO

19./20.10: LEB WOHL, MEINE KÖNIGIN!

26./27.10.: MOONRISE KINGDOM

# Politische Termine in und um Celle

Do., 30. August, 19.00

„...dass es Sinn hat zu sterben – gelebt zu haben“ - Der Widerstandskämpfer Adam von Trott und seine Beziehungen zu Juden

Benigna von Krusenstjern, Göttingen

Synagoge, Im Kreise

Fr., 07. September, 15.00

Gewerkschafts-Sommerfest

Trift 17 (Innenhof)

Mi., 05. September, 20.00

"Man hat sich hierzulande daran gewöhnt..." - Antisemitismus in Deutschland heute

Prof. Dr. Ursula Rudnick, Hannover

Synagoge, Im Kreise

Sa., 08. September, 11.00 – 14.00

Auftakt der Rosa Luxemburg Woche

mit einem vegetarischen Frühstück

»Das Büro«, Neustadt 52

Mo., 10. September, 19.00

Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Weg in die Zukunft?

Arndt Neumann, Hamburg

Buntes Haus, Eintritt frei

Mo., 10. September, 19.00

Antisemitismus - Eine Binnenperspektive

Konstantin Seidler, Hannover

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Di., 11. September, 19.00

Wieviel Erde braucht der Mensch – was taugt der »Green New Deal«?

Dr. Peter Schyga, Hannover

VHS-Celle, (Saal), Eintritt frei

Do., 13. September, 18.30

Halbinseln gegen den Strom – anders leben und wirtschaften?

Dr. Friederike Habermann, Berlin

VHS-Celle, (Saal), Eintritt frei

Do., 13. September, 19.30

Tatort Arbeitsplatz

Mach's nicht ohne! Betriebsräte schützen - Wir helfen bei der Aufklärung der Fragen zur Betriebsratswahl, Verant.: ver.di

Ort: DAA, Spörckenstr. 63

Fr., 14. September, 19.00

Syrien – und die kurdische Frage

Martin Dolzer, Hamburg

»Das Büro«, Neustadt 52

Fr., 14. September, 19.00

„Wir haben das Schweigen verlernt!“ - In leisen Tönen präsentieren die Schauspielerin Paula Quast und der Musiker Henry Altmann ein lyrisch-musikalisches Porträt der jüdischen Dichterin Hedwig Lachmann

Synagoge, Im Kreise, AK 10,00

So., 23. September, 15.00

„Kinder im Krieg. Polen 1939–1945“

Eröffnung der Sonderausstellung (Die Ausstellung wird bis zum 11. November 2012 gezeigt)

Einführungsvortrag von Iris Helbing (Kuratorin)

Bergen-Belsen, Pädagogisches Zentrum, Ausstellungshalle

Mi., 26. September, 19.00

Urbanus Rhegius' Stellung zu den Juden

Hans Jürgen Wiesenfeldt, Superintendent i.R., Celle

Synagoge, Im Kreise

Sa., 29. September, 19.30

Klezmer Dialogues - Christian Dawid, Klarinette, Sanne Möricke, Akkordeon

Synagoge, Im Kreise, AK 12,00 / 14,00

Do., 18. Oktober, 19.00

Ausstellungseröffnung: Die Geschichte der deutschsprachigen jüdischen Presse 1750 bis heute. - Synagoge, Im Kreise

Do., 25. Oktober, 19.00

„Deutschland. Ein Wintermärchen“ - Szenischen Lesung mit dem Autor und Journalisten Gerd Berghofer

Synagoge, Im Kreise, AK 8,00

"Man hat sich hierzulande daran gewöhnt ..."

Antisemitismus in Deutschland heute

Im Anschluss an die Ausstellung "Antisemitismus in der DDR" wird in der Synagoge ab dem 5. September auch die Ausstellung "Antisemitismus in Deutschland heute" gezeigt.

Die Ausstellung "Man hat sich hierzulande daran gewöhnt ..." Antisemitismus in Deutschland heute informiert über die Gefahren und Bedrohungen durch Antisemitismus. Sie zeigt die Alltäglichkeit des Antisemitismus auf und thematisiert neue Formen. Ein wichtiger Aspekt ist die Frage, was man konkret gegen Antisemitismus unternehmen kann.

Nach wie vor haben 20 Prozent der Bevölkerung latent antisemitische Einstellungen. Anders als in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Nationalsozialismus ist kein kontinuierliches Abnehmen des Antisemitismus zu beobachten, stattdessen kann man insbesondere für die vergangenen Jahre von einer Auf- und Abbewegung sprechen.

*"Es spricht einiges dafür, dass die für die deutsche Situation seit Kriegsende kennzeichnende weitgehende Tabuisierung antisemitischer Äußerungen in der Öffentlichkeit durch eine mittlerweile bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitete Gewöhnung an alltägliche jüdenfeindliche Tiraden und Praktiken unterlaufen wird oder bereits unterlaufen ist. Dabei spielen vor allem eine mit Antisemitismus unterfütterte Israelkritik und die Abwehr von behaupteten Schuldvorwürfen wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung eine wesentliche Rolle,"* wird in der Antisemitismus-Studie festgestellt, die 2011 im Auftrag der Bundesregierung erschien.

Synagoge Celle, Im Kreise 24

Redaktionsschluss für die nächste revista: 15. Oktober 2012

# Kunst & Kultur

Do., 6. September, 19.00

## Fritz Grasshoff Abend

Bomann-Museum, Eintritt ??

## Leburn Maddox`s 3rd Degrees

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 7. September, 20.00

## Trigonon mit Hermann Heidenreich Klaus Heidenreich Quartett

Kunst & Bühne, AK 10,00

Mi., 12. September, 20.00

## Scotti Blin's Black Market III

Fabrik Lounge Aimely, Eintritt frei

Fr., 14. September, 20.00

## Götz Alsmann / In Paris

CD Kaserne, AK ab 26,00

Sa., 15. September, 20.00

## Open Air: Hermes House Band und MoskovSKAya

Lobetalarbeit, VVK 12,00, AK 14,00

So., 16. September, 19.00

## Indiego Masala (Acoustic Asian World Fusion)

Gajah (Schuhstr. 23)

Mi., 19. September, 20.00

## NDR Big Band mit dem Programm „Martin Luther - A Jazz Reformation“

Vorband: Bigband des Hölty-  
Gymnasiums, Leitung Egon Ziesmann

Exerzierhalle, VVK 13,00, AK 15,00

Fr., 21. September, 21.00

## Freedom Party

CD Kaserne, AK 5,00

Sa., 22. September, 20.00

## The Cavern Boots

CD Kaserne, VVK 12,90, AK 14,00

Mo., 24. September, 20.00

## Wolf Mail – Bluesrock (Australien)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 26. September, 20.00

## Quatuor Ebène und Stacey Kent

CD Kaserne, VVK 15,00 – 20,00

Fr., 28. September, 20.00

## Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

So., 30. September, 20.00

## High Five – A Cappella

CD Kaserne, VVK 16,90, AK 18,00

Mi., 03. Oktober, 20.00

## Juice Box – A Capella

CD Kaserne, VVK 16,90, AK 18,00

Do., 04. Oktober, 20.00

## Krissy Matthews (England)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 06. Oktober, 20.00

## Reggatta de Blanc

CD Kaserne, VVK 12,90, AK 14,00

So., 07. Oktober, 20.00

## Pour l' Amour

CD Kaserne, VVK 16,90, AK 18,00

Fr., 12. Oktober, 19.00

## Session der Neuen Jazz Initiative

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 12. Oktober, 19.00

## Geoff Achisom– Bluesrock (Australien)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 15. Oktober, 20.00

## One Strike Left & A Road to Damascus & Above The Underground

Buntes Haus

Sa., 20. Oktober, 20.00

## Angelo Kelly

CD Kaserne, VVK 20,90, AK 23,00

Do., 25. Oktober, 20.00

## Hagen Rether

CD Kaserne, VVK 26,40, AK 30,00

## Ständige Termine

### Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstraße 29)

### Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

### AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr  
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

### Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat  
20.00 Uhr in der Deutschen Ange-  
stellten Akademie, Spörckenstr. 63

### Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00  
Uhr – Buntes Haus

### Regionale Energie & Kon- sum-Wende (Transition Town)

jeden 1. Di. im Monat, 18.30  
Uhr – Buntes Haus

## ... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

### Plenum

jeden Do., 19 Uhr

### Info-Kneipe

Jeden Mo., 19.30 Uhr

### Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

### inhaltliches Hausplenum

jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

### Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr